



SCHUB- LADEN AUF- DENKEN!

#OFFENGEHT
INTERKULTURELLEWOCH.DE



**Zu den einzelnen Texten gelangen Sie schnell
durch Anklicken des Beitrags im Inhaltsverzeichnis.**

**Über den Pfeil  gelangen Sie wieder
zurück zum Inhaltsverzeichnis.**

INHALT

Jeder hat Vorurteile der einen oder anderen Art – sich damit auseinanderzusetzen, dazu ruft das diesjährige Aktionsplakat der IKW auf.



Dabei kann Schubladen-denken durchaus nützlich sein.

Es hilft, unser Denken zu strukturieren und ein System zu schaffen, in dem wir uns auch selbst einsortieren, unsere Identität finden können. Doch wenn diese hilfreichen »Vor-Urteile« zu hartnäckigen Vorurteilen werden, dann sind vor allem andere Menschen negativ betroffen. Mädchen werden in naturwissenschaftlichen Fächern seltener aufgerufen, weil sie vermeintlich schwächer in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie sind. Ein Text von Ugur wird schlechter benotet als der wortgleiche von Max. Bei der Wohnungs- oder Jobsuche schneiden Bewerber*innen mit ausländisch klingenden Namen regelmäßig schlechter ab.

Das Aktionsplakat ruft dazu auf, unsere Vor-Urteile aus den Schubladen zu holen, sie vor uns hinzulegen und darüber nachzudenken. Mit anderen darüber zu sprechen, mit Betroffenen zu diskutieren und die Schubladen neu zu füllen – nur nicht mit Vorurteilen.

Die Motive zur Interkulturellen Woche 2022 können auf www.interkulturellewoche.de bestellt und heruntergeladen werden.

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

4 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2022 – #offengeht

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

Die Vielfaltsgesellschaft gestalten und verteidigen

- 6 **Offen in der Differenz** | Wenn die plurale Gesellschaft gelingt, ist sie ein Gewinn für alle | Themi Wolf
 - 9 **Geschichte und Gegenwart der Interkulturellen Woche** | Dr. Özkan Ezli
 - 15 **»Das Interkulturelle Zentrum entstand in einer Sternstunde der Einwanderungsdebatten«** | Interview mit Jagoda Marinić | Friederike Ekol
 - 20 **»Was muss die Politik in den kommenden vier Jahren unbedingt umsetzen?«** | Acht junge Bundestagsabgeordnete mit Migrationsgeschichte nehmen Stellung | Steffen Blatt
 - 22 **Wie völkische Siedler die Demokratie bedrohen** | In vielen Bundesländern lassen sich auf dem Land Gruppen nieder, die eine nationalistische und rückwärts-gewandte Ideologie leben | Andrea Röpke
- #### Menschenrechte für Geflüchtete?!
- 26 **Die vergessenen Familien** | Die Ampel-Regierung hat versprochen, die Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan fortzusetzen. Doch eine Gruppe wird dabei fast völlig übersehen | Günter Burkhardt
 - 30 **Klimabedingte Vertreibung – Ein Thema für die Interkulturelle Woche** | Klimavertriebene haben derzeit keinen vergleichbaren Schutzanspruch wie politisch Verfolgte | Raphael Bolay

6 Offen in der Differenz



Foto: stock.adobe.com/ blackday

9 Geschichte und Gegenwart der Interkulturellen Woche



Foto: Steffen Blatt/ÖVA

26 Afghanistan: Die vergessenen Familien



Foto: shutterstock.com/ AlexiRosenfeld

Orte der Vielfalt

34 Auf dem Weg zur weltoffenen Kommune

Die Fluchtbewegung durch den Krieg in der Ukraine stellt Städte, Kreise und Gemeinden vor große Herausforderungen | Claudia Walther

37 Warum wir eine diskriminierungs- und rassistuskritische Pädagogik brauchen

Sie muss fester Bestandteil von Studium, Ausbildung und der gesamten Dienstzeit von Lehrenden werden | Florence Brokowski-Shekete

39 Interkultureller Jugendbeirat – Erfolge und Stolpersteine

Ein Beispiel aus Kehl zeigt, wie Empowerment in der Praxis funktionieren kann | Felix Neumann

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

42 Für neue Wege braucht es Mut

Eine Predigt zum Motto der Interkulturellen Woche #offengeht | Konstantin von Abendroth

44 Liturgische Texte

IKW VOR ORT

46 »Das solidarische Handeln steht bei beiden Aktionswochen im Mittelpunkt«

In Ingelheim findet seit 2014 die »Faire Interkulturelle Woche« statt | Steffen Blatt

48 Weil Begegnungen so wichtig sind

Die Interkulturelle Woche geht in ihr drittes Corona-Jahr – Veranstalter*innen haben viele Ressourcen für ihre Planung

ANHANG

50 Zusammen engagiert: Die »Aktionstage für die Menschenwürde«

51 Was, Wann, Wo – Termine

52 Impressum

#OFFENGEHT – WIRKLICH!

Foto: ÖVA/Nils Bornemann



Offen geht – Das erleben wir gerade in der überwältigenden Hilfsbereitschaft gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine in einer Weise, die wir uns bisher nicht vorstellen konnten und doch so sehr gewünscht haben. *Offen geht*, was Grenzen, rechtliche und soziale Absicherung, Arbeitserlaubnis und Aufenthalt betrifft. Und viele Engagierte aus der Zivilgesellschaft stehen wie schon 2015 bereit, die Willkommenskultur dieses Landes mit ihrer Tatkraft und ihrer Empathie zu prägen.

Die Konzeption des diesjährigen Materialheftes wurde vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erarbeitet. Auf aktuelle Entwicklungen mit Relevanz für die Interkulturelle Woche werden wir deshalb verstärkt auf unserer Internetseite eingehen.

Offen geht – Doch leider gilt das nicht für alle. Weiterhin leiden Geflüchtete an den Grenzen und in den Lagern an den Außengrenzen der EU. Die rassistische Unterscheidung zwischen erwünschten und unerwünschten Menschen ist schwer zu ertragen. Das Engagement für die Geflüchteten aus der Ukraine darf den Einsatz für die vielen anderen Menschen, die unseren Schutz dringend brauchen, nicht in den Hintergrund drängen, sondern soll eine Ermutigung sein für Gesellschaft und Politik, dass offen geht.

Dieser Krieg wird Folgen haben, das zeichnet sich bereits deutlich ab. In Teilen der Welt droht verstärkt Hunger, auch bei uns geraten Menschen mit wenig Einkommen noch mehr unter Druck. Und wir wissen, dass eine sozial angespannte Lage zu Ausgrenzung und Spaltung führen kann. Nötiger denn je ist eine solidarische, demokratische und auf Teilhabe bedachte Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einen gleichberechtigten, sicheren Platz haben. Dafür steht die Interkulturelle Woche. Und so werden wir auch in diesem Jahr an vielen Orten Position beziehen gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus. Die Beiträge in diesem Heft geben Orientierung und zeigen gelungene Beispiele auf. Einige richten den Blick auf die junge Generation. Mit dieser verbindet sich die Hoffnung auf eine gerechte, demokratische und solidarische Zukunft. Lassen Sie sich anregen, im September phantasievoll und einladend – hoffentlich in Präsenz – an Ihrem Ort für diese Hoffnung ein Zeichen zu setzen.

Ihre Beate Sträter

Vorsitzende des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche

34 Auf dem Weg zur weltoffenen Kommune



Foto: stock.adobe.com/ Christian Müller

42 Für neue Wege braucht es Mut



© Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

46 IKW vor Ort: »Faire Interkulturelle Woche« in Ingelheim



© Stadtverwaltung Ingelheim

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2022

BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION

#OFFENGEHT

Es ist eine brutale Wirklichkeit, die uns in diesen Tagen und Wochen einholt: Krieg in Europa. Krieg nicht irgendwo, sondern vor unserer Tür. Was lange undenkbar schien, ist Wirklichkeit geworden. Russland unter dem Putin-Regime hat mit blanker Gewalt und gegen jedes Recht die Ukraine überfallen. Die Menschen in der Ukraine werden bombardiert und beschossen. Sie verteidigen sich, suchen zu Hunderttausenden Schutz in Kellern, oder sie flüchten aus dem Land, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Familien werden auseinandergerissen. Der Ausgang des Krieges ist ungewiss. Gewiss ist nur: Mariupol wird in Zukunft zu nennen sein neben Guernica und Leningrad, Grozny und Aleppo.

Gewiss ist auch, dass die europäische Friedensordnung, wie wir sie kannten, zerstört ist, ebenso wie die Vorstellung, dass sich die Verachtung für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einfach hinnehmen ließe bei der Gestaltung internationaler Beziehungen.

Erschüttert und sprachlos schauen wir auf das Leid in der Ukraine und unsere verlorenen Gewissheiten. Mit unseren Gedanken und Gebeten sind wir bei den Menschen, die nun um Leib und Leben fürchten und die erleben, wie Krieg in ihre Städte und Dörfer einzieht. Wir erleben aber auch eine enorme Hilfsbereitschaft – in vielen europäischen Ländern und auch hier in Deutschland. Wenn Millionen Menschen aus der Ukraine fliehen, sind wir alle gefordert, unser Möglichstes zu tun: durch Geld- und Sachspenden, durch unsere persönliche Hilfe oder auch durch das Bereitstellen von Unterkünften.

Als Christinnen und Christen lesen wir in vielen biblischen Geschichten von Flucht und Migration. Wir finden Wegweisung in den Geboten Gottes und den Erfahrungen derer, die vor uns auf diesen befreienden Gott vertraut haben. Dieser Gott des Lebens mahnt uns: »Einen Fremden sollst Du nicht ausbeuten. Ihr wisst ja selbst, wie dem Fremden zumute ist. Denn ihr seid in Ägypten Fremde gewesen.« (Ex 23,9) Und wir glauben an Jesus Christus, der als neugeborenes Kind mit seinen Eltern nach Ägypten fliehen muss, dort Aufnahme erfährt und die Not von Millionen Kindern von heute teilt. Aktuell geht es kaum.

So unterschiedlich die Geschichten, Schicksale und Wege von Geflüchteten aus aller Welt sind, so teilen sie doch dieselbe unverbrüchliche Würde, die Gott einem jeden Menschen geschenkt hat. Dieser Würde sind wir verpflichtet, und wir müssen alles dafür tun, dass sie gewahrt und geachtet wird. Dazu gehört es, geflüchtete Menschen aufzunehmen und in unserer Gesellschaft keine Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen von Geflüchteten entstehen zu lassen. Das Recht auf Zuflucht an einem sicheren Ort ist nicht teilbar.

Angesichts des grausamen Leids in der Ukraine dürfen wir auch die Menschen nicht vergessen, die in Afghanistan und den angrenzenden Ländern seit Monaten darauf hoffen, Rettung zu finden, oder die hier sind und auf Familiennachzug für ihre Liebsten hoffen. Es ist ein Skandal, dass es nicht gelungen ist, die afghanischen Ortskräfte und weitere besonders Schutzbedürftige nach Abzug der internationalen

Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 zu evakuieren, und dass die gemachten Zusagen kaum eingelöst werden. Der Familiennachzug muss beschleunigt und entbürokratisiert werden, damit Menschen eine schnelle Integrationsperspektive finden können.

»Das Recht auf Zuflucht an einem sicheren Ort ist nicht teilbar.«

Dass Menschen – Kinder, Jugendliche und ihre Eltern – in Deutschland immer noch in sogenannten AnKER-Zentren bei zum Teil sehr schlechten Zuständen untergebracht sind und isoliert werden, können wir nicht hinnehmen. Die Politik muss hier zu ihrem Wort stehen und die dezentrale Unterbringung von Anfang an zum Leitprinzip für geflüchtete Menschen machen. Das Leiden, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die unzureichend beschult werden, ist zu groß, um nicht schnell zu handeln. Wenn es uns um die Aufnahme und Integration von Menschen geht, müssen wir Verantwortung dafür übernehmen, dass Menschen nicht in die Hoffnungslosigkeit fallen.

Teilhabechancen und rechtliche Gleichstellung ermöglichen Menschen das Hineinwachsen in die Gesellschaft. Unsere Gesellschaft, die zu einem Viertel aus Eingewanderten und ihren Nachkommen besteht, hat vielfältige Erfahrungen ge-

Foto: Bistum Limburg



Foto: EKD/Jens Schulze





sammelt, wie Zusammenleben und Zusammenwachsen über kulturelle Grenzen hinweg möglich sind – friedlich und in konstruktiver Auseinandersetzung mit den Konflikten, die immer dazugehören. Die Abschiebung von gut integrierten Menschen bleibt ein großes Problem. Dabei geht es nicht allein um die Betroffenen, sondern auch um Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Für jedes soziale Umfeld ist es kaum vermittelbar, wenn Arbeitskolleginnen, Mitarbeiter, Schulkameraden, Freundinnen und Freunde abgeschoben werden. Eine faire Bleiberechtsperspektive bedeutet auch die Abschaffung von Kettenduldungen. Es müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, dass Menschen schnell aus der Duldung zu einer Perspektive der Aufenthaltserlaubnis gelangen können.

Die Fachkräfteeinwanderung bleibt eines der wichtigsten Migrationsthemen. Wir appellieren an die Politik, Einwanderung nicht zu instrumentalisieren, um den Reformdruck beispielsweise in Pflegeberufen aufzuweichen. Zugleich darf die notwendige Anwerbung von Pflegekräften nicht zu Lasten der Versorgung im Herkunftsland gehen und keine Gräben in die familiären und sozialen Beziehungen reißen.

Eine maßgebliche Rolle für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens kommt den Kommunen zu. Begriffe wie »Solidarität« und »Zusammenhalt« gewinnen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden ein Gesicht und müssen sich hier konkret be-

wahren. Europaweit haben sich bereits zahlreiche Städte zu »Sicheren Häfen« erklärt und sind bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Zunehmend wird aber in den Kommunen auch deutlich, dass Hass und Gewalt sich nicht nur gegen geflüchtete beziehungsweise zugewanderte Menschen richten. Immer häufiger und brutaler werden die Angriffe auf die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Demokratie. Solche verbalen und tätlichen Angriffe bedrohen nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern die freiheitliche Demokratie insgesamt. Neben einem Rechtsstaat, der schnell und konsequent reagiert, ist eine starke und mutige Zivilgesellschaft gefragt, die sich dem Hass entgegenstellt und Betroffene schützt – in Wort und Tat, vor Ort und auch im digitalen Raum.

»Wo Menschen bedroht oder angegriffen werden, weil sie sich für die Würde anderer Menschen einsetzen, kann es keine Kompromisse geben.«

Wo immer Positionen vertreten werden, die ausgrenzen, beleidigen, herabwürdigen und spalten, braucht es Courage, gegenzuhalten – in der Familie, im Beruf, in der Nachbarschaft, im Sport und auch in der eigenen Gemeinde. Wo Menschen bedroht oder angegriffen werden, weil sie sich für die Würde anderer Menschen einsetzen, kann es keine Kompromisse geben. Als Kirchen stehen wir solidarisch an der Seite derjenigen, die zur Zielscheibe von verbaler und tätlicher Gewalt werden.

»Die Interkulturelle Woche ist ein Raum der Ermutigung.«

Die Opfer von Hass und Gewalt weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig es für sie ist, nicht allein gelassen zu werden. Dass es hilft, wenn jemand aufsteht und sich neben sie stellt, wenn sie in der Öffentlichkeit angegangen werden. Dass es hilft, wenn jemand verbal dazwischengeht, wenn sie beleidigt werden. Die Spirale der Verachtung und Gewalt kann durchbrochen werden, wenn möglichst viele sich einmischen und Position ergreifen.

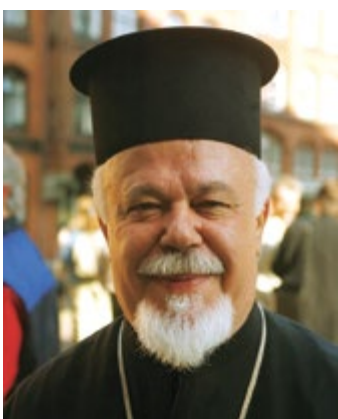
Die Interkulturelle Woche ist ein Raum der Ermutigung. In ihrem Rahmen gelingt es immer wieder zu zeigen, dass Vielfalt nicht gefährlich ist, sondern gefeiert werden kann. Die gesellschaftlichen Diskurse rund um Einwanderung, Rassismus und die offene Gesellschaft wandeln sich, bleiben aber seit vielen Jahren hochaktuell. Mit Beharrlichkeit und Kontinuität bringt sich die Interkulturelle Woche hier mit positiven und Mut machenden Akzenten ein.

Wir danken all jenen, die Jahr für Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche Partei ergreifen für die Schwachen der Gesellschaft, die einstehen für die Werte unserer Demokratie und die Freude ausstrahlen angesichts des Geschenks, gemeinsam in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Lassen Sie uns mit der Interkulturellen Woche in diesen schweren Tagen des Krieges ein Zeichen setzen, dass nicht Gewalt, Aggression und Brutalität das letzte Wort haben, sondern dass Freiheit, Menschenfreundlichkeit, und Liebe stärker sind. ❖

Bischof Dr. Georg Bätzing
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Präses Annette Kurschus
Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz
in Deutschland



THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

DIE VIELFALTSGESELLSCHAFT GESTALTEN UND VERTEIDIGEN

OFFEN IN DER DIFFERENZ

Wenn die plurale Gesellschaft gelingt, ist sie ein Gewinn für alle

Thembi Wolf

Wir leben in einer Zeit der Umbrüche. Eine Pandemie und ein Krieg haben uns ereilt. Zwischendrin lag eine zukunftsverändernde Bundestagswahl. Diese Zäsuren betreffen uns alle. Wir erleben die Geschichte gemeinsam. Wir durchlebten dieselbe Pandemie, gemeinsam fiel uns zu Hause die Decke auf den Kopf, trauerten wir um Angehörige und Bekannte. Wir fieberten auf den Ausgang der Wahl hin und fühlten mit den Betroffenen des europäischen Kriegs.

Wir alle können davon erzählen, wie wir diese Zäsuren erleben. Wie wir die Masken hinter den Ohren festklemmten, unseren Stimmzettel in die Urne warfen und den Fernseher nicht aus-

schalten konnten, weil die Panzer immer schneller vorrückten. Die Geschichte betrifft uns als Menschen, Europäer:innen gemeinsam. Und doch werden unsere Erzählungen unterschiedlich klingen.

Wer arm ist, spricht davon wie die teuren Masken zum Verzicht auf Lebensfreude gezwungen haben. Wer bereits vorerkrankt ist, für den ist das Ende der Pandemie noch in weiter Ferne. Wer keinen deutschen Pass hat, durfte nicht wählen. Durch die Krisen der vergangenen Jahre gingen wir gemeinsam, aber sie machten uns auch verschieden. Das Virus wütete in Stadtvierteln mit hohem Anteil von Migrant:innen noch ungehinderter. Und Kinder mit Lernproblemen und weniger Gelegenheiten für Unterricht daheim, fielen noch weiter zurück.

MARGINALISIERTE STIMMEN GEHEN UNTER

Unterschiedlich ist aber nicht nur, was wir erzählen, sondern auch, wer gehört wird. Insbesondere, wenn Nachrichten über uns hereinbrechen, zeigt sich, wie schnell marginalisierte Stimmen untergehen.

Vor der Wahl im vergangenen Jahr verhallten viele Stimmen ungehört. In den Talkshows saßen während des Wahlkampfes mehr Männer mit Namen

»Durch die Krisen der vergangenen Jahre gingen wir gemeinsam, aber sie machten uns auch verschieden.«

Wolfgang als People of Color. In den Abendnachrichten sprachen keine migrantisch wahrgenommenen Expert*innen. Menschen mit sichtbarer Behinderung machten weniger als ein Prozent der Gezeigten aus. Und nicht einmal ein halbes Prozent war sichtbar religiös, trug also beispielsweise ein Kopftuch oder einen Turban. Ganz egal, ob es um Corona oder die Rentenpolitik ging. Und die Angehörigen der neun Menschen aus Einwandererfamilien, die in Hanau getötet wurden, kämpften gegen das Vergessenwerden im Nachrichtenstrudel der Corona-Krise.

Die nigerianische Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie sagte einmal, der einfachste Weg ein Volk zu enteignen bestünde darin, seine Geschichte zu erzählen und mit »zweitens« zu beginnen. Migrant:innen, People of Color, Menschen mit Behinderung und queere Menschen werden in Deutschland noch viel zu oft unter »Zweitens« verhandelt.

Thembi Wolf lebt in Berlin und ist Co-Vorsitzende der Neuen Deutschen Medienmacher*innen, einem bundesweiten Netz-



werk von Journalistinnen mit und ohne internationaler Geschichte. Sie arbeitet als Textchefin beim Magazin krautreporter.de.

Foto: Nils Lucas

Kontakt: wolf@neuemedienmacher.de



Wie sie die Geschichte erleben, ist nachgeordnet. Was sie beschäftigt, wird kein Brennpunkt im Fernsehen. In deutschen Medien, der gemeinsamen öffentlichen Debatte werden sie vergessen oder viel zu spät befragt. Auch das wird in Zeiten der Krise deutlich.

EIN GEMEINSAMES NARRATIV FINDEN

Zeit also für Öffnung. Es gilt, gerade jetzt, vielfältigen Stimmen Gehör zu verschaffen. Sie nicht an einem Extratisch, in einer Sondersendung und nur zum Thema ihrer Identität erzählen zu lassen, sondern immer und überall. Nicht als Ergänzung, sondern als Teil eines gemeinsamen Narrativs. Und was bietet sich besser an, um diese gemeinsame Erzählung zu erproben, als eine Interkulturelle Woche? Um radikal zu versuchen, den Tisch möglichst vielfältig zu besetzen und zu zeigen, wie radikal #offengeht.

Denn zu tun ist immer etwas. So können wir uns unentwegt hinterfragen. Weiß ich genug darüber, wie andere denken? Könnte meine Tischgesellschaft, meine Diskussionsrunde, mein Gremium noch diverser sein? Die Antwort ist in beinahe jedem Fall: Ja. Ist meine Veranstaltung offen und zugänglich genug? Vermutlich: Nein.

Fühlen sich alle als Teil einer gemeinsamen Erzählung und nicht nur als zweitens, als Vertreterinnen einer Nebenerzählung, einer Minderheit? Und immer wieder müssen wir uns irritieren, stehenbleiben, und fragen: Wen vergesse ich? Wir sprechen heute von Intersektionalität, wenn es um radikale Diversität geht. Und, wenn wir ehrlich sind: Intersektionalität macht unsere Debatten spannender, kontroverser – und vor allem relevanter.

Es heißt dieser Tage manchmal, in derlei Kategorien zu denken, sei Identitätspolitik. Es zeichne künstliche Gräben in unsere Gesellschaft, in Zeiten, in

denen wir doch zusammenstehen wollen. Aber solange eine plurale Gesellschaft noch nicht selbstverständlich ist, braucht sie dieses Vokabular. Solange nicht jede Sendung, jeder Medienbeitrag, jede öffentliche Debatte den Stimmen marginalisierter Gruppen Raum gibt, müssen wir diese Stimmen suchen.

»Es gilt, gerade jetzt, vielfältigen Stimmen Gehör zu verschaffen. Sie nicht an einem Extratisch, in einer Sondersendung und nur zum Thema ihrer Identität erzählen zu lassen, sondern immer und überall.«



DIE OFFENE GESELLSCHAFT HAT FEINDE

Die offene Gesellschaft ist ein schönes Ideal. Und trotzdem hat sie, das dürfen wir nicht vergessen, Feinde. Auch das wurde im vergangenen Jahr immer wieder deutlich. Mit der Krise kam der Hass. Politische Beobachter:innen warnten früh vor unheiligen Allianzen aus rechten Gruppierungen und Covid-Leugner:innen. Um 41 Prozent nahmen die Verfahren wegen Hasskriminalität im Internet während der Pandemie zu. Betroffen waren Ärzt:innen, Politiker:innen und Journalist:innen. Aber auch hier trifft es diejenigen häufiger und härter, deren Stimmen zu selten gehört werden: Frauen, People of Color, Geflüchtete. Nach dem Ausbruch des Virus in China berichteten asiatisch gelesene Menschen von Anfeindungen im Alltag, von Beleidigungen und körperlichen Übergriffen.

Zu einer offenen Gesellschaft, in der vielfältige Stimmen Raum haben, gehört deshalb auch, dass diese geschützt werden. Dass diejenigen, die sich trauen, das Wort zu ergreifen, nicht um die eigene Sicherheit fürchten müssen. Dass Bedrohungen durch rechte Gruppen konsequent verfolgt werden. Dass sich Journalist:innen und Aktivist:innen, leise Stimmen und laute, gemäßigte und engagierte, konservative und linke, frei äußern können.

Dass wir beten können, ohne einen Anschlag auf unsere Synagoge fürchten zu müssen, wie in Halle und Hagen. Dass wir an einer Bushaltestelle arabisch und russisch sprechen können, ohne Anfeindungen zu fürchten. Dass wir unsere Meinungen auf Tiktok und in Wochenzeitungen äußern können, ohne umziehen und uns verstecken zu müssen, weil

die Hassenden im Netz nicht gebremst werden.

DIE BUNDESREGIERUNG WIRD DIE VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT VERTEIDIGEN MÜSSEN.

Noch gibt es viel zu tun. Insbesondere die neue Bundesregierung wird die vielfältige Gesellschaft verteidigen müssen. Mit Gesetzen, die People of Color schützen, die neuen Migrant:innen erlauben, ganz und gar an der deutschen Gesellschaft teilzuhaben und die rechte Netzwerke nicht bagatellisieren, sondern aushebeln.

Wenn sie gelingt, die plurale Gesellschaft, ist sie ein Gewinn für uns alle. In diesen Tagen sammeln sich auf Bestsellerlisten Bücher, in denen darüber nachgedacht wird, wie wir wieder zusammenkommen können. Wie wir in der Differenz die Schönheit sehen und die Gräben unserer Gesellschaft mit radikalen Kompromissen überqueren können. Sie bieten Anleitungen, um zu

einem gemeinsamen gesellschaftlichen Narrativ zu kommen.

Wenn wir also in diesem Jahr miteinander sprechen, sollten wir unsere Gesprächsrunden so offen wie möglich besetzen. Und wir könnten, im nächsten Schritt, darauf achten, welche Geschichten wir dort erzählen. Wie wir schreiben und formulieren, sagt oft viel mehr über unser eigenes Weltbild aus als über die beschriebenen Personen.

Um es mit Chimamanda Ngozi Adichie zu sagen: »Wenn man ein Volk als eins zeigt, eindimensional, als nur eine Sache, immer und immer wieder, schafft man eine einzige Geschichte, wird es dazu.« Das bedeutet auch: Wenn wir vielfältige Geschichten erzählen, immer und immer wieder, dann schaffen wir eine plurale Gesellschaft.

Im vergangenen Jahr übrigens, trafen sich die Schriftstellerin Adichie und Angela Merkel, beinahe nicht mehr Kanzlerin, auf einer Bühne in München. Zwischen ihnen zwei Tische, sprachen sie in unterschiedlichen Sprachen. Beide haben Geschichten, die oft unter »zweitens« verhandelt werden. Merkel als Ostdeutsche, Adichie als Schwarze Frau und Immigrantin. Und doch dauerte es beinahe die gesamten anderthalb Stunden, bis sie sich annäherten, gemeinsamen Common Ground fanden, denn ihre Geschichten sind auch sehr verschieden.

Von Afrika verstehe sie eigentlich nicht so viel, gab Merkel dann irgendwann zu. Aber wenn sie Adichie mal besuchen dürfte, könnte sich das ändern. »It's done!«, antwortete Adichie. So viel Macht kann der offenen Begegnung inne sein. ❖



GESCHICHTE UND GEGENWART DER INTERKULTURELLEN WOCHEN

Die Interkulturelle Woche, einst als »Tag des ausländischen Mitbürgers« in den 1970ern entstanden, hat einen langen Weg mit Widersprüchen und Spannungen zurückgelegt – eine Zeitreise mit weitergehenden Überlegungen.

Dr. Özkan Ezli

Man könnte meinen, an dem niedrigschwiligen Format der Interkulturellen Woche (IKW) habe sich seit ihrem Entstehen von 1975, damals als Tag des ausländischen Mitbürgers, und ihrer sukzessiven Umbenennung zur Woche des ausländischen Mitbürgers in den 1980er Jahren und zur Interkulturellen Woche in den 1990er und 2000er Jahren bis heute nicht viel verändert. Wie vor mehr als 45 oder 30 Jahren so stehen auch heute unter dem aktuellen Motto #offengeht (2021/2022) Begriffe wie Begegnung und Kontakt oder Themen wie Rassismus und Flucht im Zentrum der rund 5.000 Veranstaltungen in mehr als 500 Städten in Deutschland. Doch ein analytischer und kulturwissenschaftlicher Blick auf die Geschichte der Interkulturellen Woche, wie ich ihn im Sommer 2020 im Auftrag des Sachverständigenrats für Integration und Migration im Vergleich der mittelgroßen und großen ost- und westdeutschen Städte Gera, Jena, Konstanz und Offenbach werfen konnte, hat mir eine besondere Transformationsgeschichte des Alltags der deutschen Einwanderungsgesellschaft von den 1970ern bis heute vor Augen geführt.

Die entscheidenden Faktoren dieser Geschichte sind dabei zum einen das sich immer wieder wandelnde Verhältnis von Begriffen und Praxis in der Geschichte der Interkulturellen Woche und zum zweiten, dass dieses immer von einer Politik der Geselligkeit, der Soziabilität, gerahmt war. Denn in der Geschichte der Interkulturellen Woche wird nichts häufiger betont als die Überzeugung, der Sinn und Zweck aller Bemühungen lägen darin, sich zu begegnen und gemeinsam ins Gespräch zu kommen.



Dabei hat die IKW immer auf Debatten und Konflikte zu Integration und Kultur in unterschiedlichsten Formen reagiert und mitunter auch Debatten angestoßen.

Im Folgenden wird gezeigt, dass der Modus der Soziabilität, also der Geselligkeit, in der IKW eine Verhandlungsform ist, die die Konflikträchtigkeit, Schwere und Vulnerabilität von Debatten und Themen über die Vielfalt ihrer Veranstaltungsformen ausdünn, verteilt und streut. Die IKW ist sozusagen politisch und gesellig und realisiert so eine Politik der Soziabilität. Letzteres verweist auf ein Mehr an Möglichkeiten des sozialen Kontakts. Folgende Ziele, Begriffe, Akteure und Vorstellungen von Kultur haben in der Geschichte der IKW bis heute gewirkt.



TAG DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS IN DEN 1970ern

In ihren Anfängen (1975-1978) verfolgte die Interkulturelle Woche als Tag des ausländischen Mitbürgers (TAM), das Ziel, Begegnungen und Gespräche zwischen der deutschen Öffentlichkeit und den ausländischen Arbeitnehmer*innen zu ermöglichen. Über Kontakte, Gespräche und gesellige Formate sollten mit dem TAM die durch eine hohe Arbeitslosigkeit entstandene Konkurrenz und Polarisierung zwischen Deutschen und ausländischen Arbeitnehmer*innen aufgehoben werden.

Zentrale Begriffe dieser ersten Interkulturellen Wochen waren Isolation, Arbeits- und Wohnverhältnisse, Freizeit, Alltag und Solidarität. Als wichtige Akteure fungierten Organisationen wie beispielsweise die größte Einzelgewerkschaft IG Metall, die dezentral organisierte Arbeiterwohlfahrt (AWO), die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas, die ausländischen Arbeitnehmer*innen Anlaufstellen boten.

Mittels Folklore sollten Vorurteile abgebaut werden. In der Rhein-Neckar-Zeitung aus Heidelberg heißt es beispielsweise am 14.10.1975 zum Tag des

Foto: Steffen Blatt/ÖVA



»Mittels Folklore sollten Vorurteile abgebaut werden.«

ausländischen Mitbürgers, dass einen Nachmittag lang Griechenland, Jugoslawien, Portugal und die Bundesrepublik in »harmonischer Existenz« lebten. »Internationale Folklore, Musik und Tanz überwand Sprachbarrieren und Vorurteile; der griechische Gastarbeiter saß neben dem Heidelberger Gemeindevorteiler, junge Leute mit langen Haaren neben älteren Damen.«

Vorurteile werden durch den Kontakt mit Ausländer*innen nicht überwunden oder in Frage gestellt, in den 1970er Jahren werden sie »abgebaut«. Das Verb abbauen ist von besonderem Interesse, weil es impliziert, dass der Deutsche wie auch der Ausländer, die sich gegenüber-



stehen, den gleichen Boden miteinander teilen. Teil dieses Prozesses ist selbst die Folklore, wenn es beispielsweise in einem Vorbericht des Bonner Korrespondenten Horst Zimmermann zum

Tag des ausländischen Mitbürgers heißt »Mit Folklore gegen Vorurteile«. Weil Vorurteile abgebaut werden können, sozusagen der Boden auf dem man gemeinsam steht, freigelegt werden kann, sind die Differenzen nicht von unveränderbaren kulturellen Regeln bestimmt, sondern von unterschiedlichen Menschen, die in unterschiedlichen sozialen Bedingungen leben.

WOCHE DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS IN DEN 1980ern

In den 1980er Jahren war dagegen das zentrale Ziel der Woche des ausländischen Mitbürgers (WAM wurde sie ab 1983 genannt), »die verschiedenen Kulturen in eine Beziehung des gegenseitigen Gebens und Nehmens« im Einwanderungsland Deutschland zu bringen. Die einstigen Themen wie soziale Bedingungen, z.B. Wohnraum, Kon-

takte und Freizeit, werden nun ersetzt durch Fragen nach der kulturellen Herkunft. Zentrale Begriffe dabei werden »kulturelles Erbe«, »Herkunft«, »Verstehen« und die »Nachbarschaft unterschiedlicher Kulturen«.

In dieser Phase etablierten sich verstärkt Organisationsformen wie Ausländerbeiräte und Kulturvereine, durch die sich die ausländischen Mitbürger*innen

selbst vertreten konnten; diese förderten nun auch verstärkt die WAM. In ihren Programmen der 1980er Jahre fällt in diesem Zusammenhang die Häufung national-kultureller Abende oder Diskussionen über die Schwierigkeit der jungen zweiten Generation, mit zwei Kulturen zu leben. Dennoch nimmt die Woche des ausländischen Mitbürgers mit ihren Fokussen auf Geselligkeit und gesprächsorientierte Formate der Kulturalisierung ihre Ernsthaftigkeit und Dramatisierung. Die Frage, »woher man komme«, war in diesem Zusammenhang stets ein Dialogöffner.

»Die Frage, »woher man komme«, war [...] stets ein Dialogöffner.«





Der ehemalige portugiesischstämmige Pastoralreferent Joaquin Nunes, der von Mitte der 1980er Jahre bis 1995 die IKW in Offenbach mit organisierte, konstatiert, dass er auf die Frage, woher er komme, immer positiv reagiert habe. »Zur Begegnung gehört, dass man sich für meine Biografie interessiert. Ich bin stolz auf meine Biografie ... ich habe es den Leuten gerne erklärt.«

Der Begriff des ausländischen Mitbürgers erfährt in dieser Dekade seine stärkste politische und auch positive Entfaltung. Erstens, weil das kommunale Wahlrecht für Ausländer zum zentralen Thema wird und zweitens, die Begriffsbindung von fremd und zugehörig es den Ausländer*innen ermöglicht, sich hinter diesem Begriff zu gruppieren.

WIDERSPRÜCHE UND SPANNUNGEN IN DEN 1990ern

In den 1990er Jahren ist die Interkulturelle Woche in West- wie auch in Ostdeutschland durch Widersprüche und Spannungen bestimmt. Ihr Ziel in dieser Phase ist es, den ausländischen Mitbürgern auf persönlicher Ebene zu begegnen, um in ein »beziehungsvolles Miteinander« zu kommen. Dieses Ziel wird in West- wie auch in Ostdeutschland auf unterschiedliche Weise verfolgt. Ein gemeinsames Ziel hingegen ist es, mit der Interkulturellen Woche auf den Rassismus der 1990er Jahre zu reagieren.

In den westdeutschen Städten tritt an die Stelle der nationalkulturellen Gruppen der 1980er Jahre nun verstärkt das Individuum, das von einer bi-kulturellen Biografie bestimmt ist. An die Stelle der Nation tritt die Kategorie Welt. Anerkennung avanciert hier zum zentralen Begriff. Gesellige nationale oder folkloristische Abende stehen hier neben Multi-Kulti-Discos. Zwar sind weder die ausländischen Bevölkerungszahlen noch die Vereinsdichte der ostdeutschen Städte mit jenen in Westdeutschland zu vergleichen, doch hinsichtlich der Veranstaltungszahl und Dauer der Interkulturellen Wochen stehen sie in nichts nach.

»Deutsch und zugleich multikulturell sein war für die meisten eine Überforderung.«

In den ostdeutschen Städten tauchen Begriffe wie »Fremdheit« und »Welt-offenheit« in den Programmen viel häufiger auf als in den westdeutschen Städten, nationale und kulinarische Abende oder Abende der Begegnung sind dort weitaus stärker verbreitet.

Die damalige Jenaer Integrationsbeauftragte Margot Eulenstein, die von 1992 bis 2003 die IKW organisierte, erinnert sich, dass deutsch und zugleich multikulturell sein für die meisten »eine Überforderung war«. Viele Schüler*innen erlebten damals ihre Eltern das erste Mal »hilflos, arbeitslos und ratlos«.

In den ostdeutschen Städten ist nach der Wende die Gegenüberstellung von Alteingesessenen und Zugewanderten von der Ambivalenz des »deutsch-« und zugleich »multikulturell-seins« im Positiven wie im Negativen bestimmt.



INTERKULTURELLE WOCHE AB DEN 2000ern

Ab den 2000er Jahren ist das zentrale Ziel der Interkulturellen Woche, eine »Kultur der Zugehörigkeit« vor Ort zu schaffen. Die Begriffe Multikulturalität, Anerkennung, Fremdheit und Welt werden nun abgelöst durch Vielfalt, Integration, Zusammenleben und Stadt. Dabei zeigen sich unter der Koordination und Moderation der Integrationsbeauftragten in den untersuchten Städten in unterschiedlichen Graden eine bewusste Distanzierung von kulturalisierender Folklore und eine Verortung von Integrations- und Zugehörigkeitsfragen.

Bei diesen Verortungsprozessen avanciert die Stadt zum zentralen Identifikationsmarker, der mit Perspektivierungen, Individualisierungen und Historisierungen der Migration gestärkt und bespielt wird. Auch das Thema der Arbeit kommt unter diesen Bedingungen in West- wie auch in Ostdeutschland wieder auf. Die andere Kultur liegt dadurch nicht mehr außerhalb von Deutschland, sondern wird nun als inhärenter Bestandteil der Einwanderungsgesellschaft verhandelt. Kultur ist dadurch zur Ressource avanciert, die alle Beteiligten und Bürger zum Einsatz bringen können.

In Offenbach, wo über 60 Anbieter die Interkulturelle Woche bespielen, reichen die Vereine und Einrichtungen vom Deutschen Ledermuseum über die Geschichtswerkstatt Offenbach, die religiösen Gemeinden, den Ausländerbeirat, die Internationalen Gärten e.V., Schulen, das Polizeipräsidium bis hin zum Rumänischen Kulturverein ARO.

»Kultur ist zur Ressource avanciert.«

»Die Teilnehmer stellen nicht mehr ihre Herkunftskultur vor, sondern ihre Projekte.«



Bei dieser entstandenen und mit unterschiedlichen Interessenlagen partizipierenden Vielfalt kann nur noch ein operativer und dynamischer Begriff von Kultur als Steuerungselement für die Interkulturelle Woche dienen. Das zeigt nicht nur die Geschichte der Initiative, sondern auch das Kulturverständnis der koordinierenden und moderierenden Akteure in den untersuchten Städten.

Der Offenbacher Integrationsbeauftragte Luigi Masala, der seit 1998 die IKW organisiert, beschreibt beispielsweise Kultur als Produkt und »Leistung des Menschen«. »Wie ich mal etwas produziert habe oder einen Gedanken gefasst habe, der kann in einem Jahr auch wieder ein anderer sein, weil er so stark von anderen Ideen wieder beeinflusst worden ist, von anderen Überzeugungen, auch von gesellschaftlicher Übereinkunft«, präzisiert Masala. Da-

her müssen Kultur und Gesellschaft dynamisch sein. »Und deswegen sind Stereotypisierungen natürlich auch immer eine Gefahr, die man

reflektieren muss, aber letztendlich ist das im Fluss befindlich, worauf man sich immer wieder neu einstellen muss: Das ist die kulturelle Leistung einer Gesellschaft.«

Die Teilnehmer der Interkulturellen Woche stellen nicht mehr ihre Herkunftskultur vor, sondern ihre Projekte, in denen die Herkunft der Beteiligten oder die ihrer Eltern zu einem immanenten Teil der städtischen Selbstbeschreibung geworden ist. Daran schließt sich auch die aktuell stattfindende Interkulturelle Woche mit dem Motto #offengeht an, die in ihrer Selbstbeschreibung unbewusst viele Aspekte, Aufgaben und Begriffe ihrer Vergangenheit und Gegenwart und letztlich der deutschen Einwanderungsgesellschaft im Bereich der Praxis aufgreift:



»Die Interkulturelle Woche (IKW) steht für die offene und solidarische Gesellschaft – auch und gerade in Zeiten der Pandemie. Vielfältig streitet sie für gute Lebensbedingungen für alle hier lebenden Menschen und für sichere Zugangswege für Geflüchtete nach Europa und nach Deutschland. Sie setzt sich ein für von Isolation und Diskriminierung Betroffene und schafft breite Bündnisse gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die Interkulturelle Woche zeigt an hunderten von Orten, wie gut die Vielfaltsgesellschaft funktioniert und feiert das friedliche Miteinander. Sie ermöglicht den Abbau von Vorurteilen durch direkte Begegnung. Sie nimmt Politik in die Pflicht und streitet für die Werte des Grundgesetzes. Die Interkulturelle Woche setzt damit starke Zeichen für eine offene und vielfältige Gesellschaft.«

PD Dr. Özkan Ezli ist Kultur- und Literaturwissenschaftler an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zum Jahresgutachten 2021 des Sachverständigenrates für Integration und Migration verfasste er eine über 100-seitige Studie zur Geschichte und Gegenwart der Interkulturellen Woche. 2022 erschien sein bereits mehrfach prämiertes Buch »Narrative der Migration. Eine andere deutsche Kulturgeschichte«.



Özkan Ezli kann für Lesungen, Gespräche oder andere Formate im Rahmen der IKW angefragt werden.

Foto: privat

Kontakt: oeezli@uni-muenster.de

WEITERGEHENDE ÜBERLEGUNGEN

Mich hat die Geschichte und Gegenwart der IKW zu folgenden weitergehenden Überlegungen und Punkten geführt.

Erstens: Keine Angst vor Stereotypen. Die Geschichte und das Format der Interkulturellen Woche lehrten uns, dass nicht die Stereotypisierungen das Problem sind, sondern vielmehr, wenn diese in keinen Verhandlungs- oder dialogischen Prozess der Geselligkeit überführt werden.

Zweitens: Die Fragen in einer immanent gewordenen Einwanderungsgesellschaft können nicht mehr Fragen nach ihren kulturellen Differenzen sein, sondern vielmehr Fragen nach ihren entstandenen kulturellen Ressourcen.

Drittens: In und durch die Geschichte der IKW zeigt sich eine Geschichte der niedrigschwelligen Verhandlungsform der Migration in der Bundesrepublik, die über die Diktion einer »Kultur der Zugehörigkeit« zu einer immanenten Einwanderungsgesellschaft geführt hat. Das ist einerseits eine positive Entwicklung, andererseits stellt sich die Frage, wie nun neue kulturelle Ressourcen oder alte wieder neu entdeckt werden können. In der Forschung und im Feuilleton beliebte Begriffe wie Transkulturalität, Postmigration und Hybridität werden hier nicht helfen, weil, wie die Geschäftsführerin des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses, Friederike

»Man lebt in größeren Zusammenhängen und Kontexten, als man für sich allein glaubt.«



© www.wigwam.im

Ekol, pointiert festhält, »die Interkulturelle Woche weder eine Forschungs- noch eine Feuilleton-Veranstaltung« sei.

Viertens: Die Niedrigschwelligkeit der Interkulturellen Woche und ihre Politik der Geselligkeit haben eine gesellschaftliche Relevanz, weil sie durch ihr Format den Härten von Integrations- und populistischen Debatten eine soziale Verflüssigung der Themen entgegensetzt. Dort, wo mitunter unnötig belastet wird, Individuen wie Kollektive ihre Probleme selbstbezüglich und affektiv übertreiben, arbeitet in der Interkulturellen Woche ein Prinzip der Soziabilität, das weder einem Individuum, einer Gruppe noch einem Thema selbst die Oberhand überlässt. Ihr zentraler Operationsnexus hierfür ist, dass Begriffe sich aus und in der Praxis bewähren müssen. Aus diesen Punkten und Erkenntnissen könnten sich Impulse und neues Wissen beispielsweise für die Interkulturelle Woche, aber auch für andere Formate des kulturellen Austauschs ergeben. Wo liegen noch Potentiale einer Politik der Geselligkeit, der Soziabilität, die helfen könnten, die Kakophonie unserer Zeit in Formen des Gesprächs zu übersetzen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass man in größeren Zusammenhängen und Kontexten lebt, als man für sich allein glaubt? ❖





»DAS INTERKULTURELLE ZENTRUM ENTSTAND IN EINER STERNSTUNDE DER EINWANDERUNGSDEBATTEN«

Jagoda Marinić spricht über eine besondere Einrichtung in Heidelberg, die sie mit aufgebaut hat, über Herausforderungen für Kommunen, über Offenheit und Grenzen

Friederike Ekol

Das »International Welcome Center« in Heidelberg ist eine deutschlandweit wohl einmalige Institution: Denn dort arbeiten das Interkulturelle Zentrum (IZ) und die städtische Zuwanderungsbehörde unter einem Dach. Wo die Klienten morgens auf ihren Termin warten, finden abends Konzerte, Lesungen oder Diskussionsrunden statt. Jagoda Marinić, 1977 als Tochter kroatischer Eltern in Waiblingen geboren, kam 2012 in die Stadt, in der sie bereits studiert hatte, um das IZ aufzubauen.

Sie sind kroatisch-deutsche Schriftstellerin, Autorin, Kolumnistin, Feministin, Leiterin des Interkulturellen Zentrums (IZ) in Heidelberg und eine wichtige intellektuelle Stimme in Deutschland. Fehlt Ihnen etwas in dieser Aufzählung?

Ich bin niemand, der in Schubladen denkt. Das überlasse ich anderen. Ich finde es wichtiger zu sehen, was vom eigenen Tun bei den Menschen ankommt und worüber man wahrgenommen wird. Manchmal denke ich, am liebsten bin ich auch Humanistin. Ich merke oft, dass vieles in meiner Arbeit vom Humanismus als Wert geleitet ist.

»Wir dachten an eine transkulturelle, städtische Einrichtung, in der die Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft zum kommunalen Thema wird.«

Ungewöhnlicher Standort: Das International Welcome Center mit Zuwanderungsbehörde und Interkulturellem Zentrum befindet sich im Kesselhaus einer ehemaligen Tabakfabrik mitten in einem Kreativ-Quartier. Foto: Philipp Rothe



Auf Bundesebene wird nach dem Regierungswechsel über ein Demokratiefördergesetz und ein Partizipationsgesetz diskutiert. Aber als Leiterin des Interkulturellen Zentrums haben Sie eine Perspektive, die von der Kommune ausgehend wichtige Impulse setzt. Dem IZ kommt dabei eine besondere Rolle zu. Wie würden Sie die beschreiben?

Das Interkulturelle Zentrum entstand in einer Sternstunde der Einwanderungsdebatten. Dieser Stern begann zu leuchten, als man in Heidelberg zusammen mit der Stadtgesellschaft den Wunsch entwickelte, neue Strukturen für das Einwanderungsland Deutschland zu schaffen. Es gab eine ganz große bundesweite Bewegung, die versuchte, die Einwanderungsgeschichte besser in die deutsche Geschichte zu integrieren. In dieser Zeit – das war 2012 – hat der Heidelberger Integrationsbürgermeister Wolfgang Erichson zusammen mit dem Migrationsrat nach 20 Jahren eine alte Idee wieder aufgegriffen und gesagt: Jetzt probieren wir es doch noch einmal mit einem Haus der Kulturen.

Was war Ihnen wichtig, als es um die Struktur dieser Einrichtung ging?

Es sollte ein zeitgemäßes Haus sein, in dem man die Vereine nicht abstellt und ihnen später vorwirft, sie seien Teil einer Parallelgesellschaft. Die Stadt hat die bundesweite Debatte ernst genommen und sich gefragt: Wenn wir ein Einwanderungsland sind, welche Strukturen gibt es denn in unserer Kommune dafür? Zugleich gab es die Bewegung der »Welcome Center«, die mehr ins Ökonomische orientiert waren und sich stärker an internationale Fach- und Führungskräfte richteten, während unser Konzept mehr kulturell orientiert war. In Gesprächen kamen wir zu einem guten Synergieeffekt, da ich aufzeigen konnte, dass es zum damaligen Zeitpunkt mehrere Entwürfe gab, die sich in dem von der Stadt gestarteten Pilotprojekt zusammenführen lassen.



Welche Ziele verfolgen Sie mit Ihrer Einrichtung?

In der Zuwanderungsbehörde wollten wir einen Ort für die Fach- und Führungskräfte schaffen, an dem auch die Geflüchteten dabei sind und wo keine Unterscheidungen gemacht werden. In einem Kulturzentrum kann es die auch gar nicht geben – daher muss sich auch die Behörde öffnen. Das bedeutete, statt einen Kulturverein zu gründen, in dem sich einige Gruppen durchsetzen würden, dachten wir an eine transkulturelle, städtische Einrichtung, in der die Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft zum kommunalen Thema wird. So kam es dazu, dass die städtische Zuwanderungsbehörde und das Interkulturelle Zentrum unter ein Dach kamen. Sie bilden das »International Welcome Center«.

Was machen Sie konkret und welche Angebote haben Sie?

Die Botschaft lautet: Wir sind eine vielfältige Stadt, wir bieten dafür ein Haus, eine Anlaufstelle, wir bieten auch Programm, das Vielfalt zum Thema macht. Wir haben einen Ort, an dem bürokratische Fragen gelöst werden, aber

»Die Stadt bietet mit dem IZ eine neutrale Plattform und eine neutrale Kooperationspartnerin für alle.«

auch das interkulturelle Miteinander. Wir machen auf über 1200 Quadratmetern Kulturprogramm und fördern die Zivilgesellschaft: 100 Migrantenselbstorganisationen, Nicht-Regierungsorganisationen, die wir als Akteure in der Kommune ausbilden und die als Multiplikatoren wieder in die Stadtteile gehen.

Wo liegen für Sie in diesem Jahr auf kommunaler Ebene die großen Aufgaben?

Es ist gut, mit dem IZ eine Art Haus der Demokratie zu haben. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Da kann man eben nicht mehr so tun, als seien die einen ethnischen Gruppierungen demokratisch und die anderen problematisch, sondern man hat in allen Län-



Der Wartebereich der Zuwanderungsbehörde ist kein kalter Flur, sondern ein einladender Raum. Nach Behördenschluss wird der Bereich zur Veranstaltungstätte des Interkulturellen Zentrums, wie hier bei einem Konzert.
Fotos: Philipp Rothe

»Das finde ich das Schöne an unserem Haus: Wir berichten uns in unseren interkulturellen Projekten nicht gegenseitig vom Anderssein.«

dern demokratische und antidemokratische Tendenzen in der Bevölkerung. Die Stadt bietet mit dem IZ eine neutrale Plattform und eine neutrale Kooperationspartnerin für alle. Dadurch löst sich die Fokussierung auf Mehrheits- versus Minderheitsgesellschaft auf. Als ich anfang, gingen alle Vereinsbezeichnungen vom Deutschen aus: deutsch-türkisch, deutsch-italienisch, deutsch-spanisch usw. Inzwischen ist klar, dass wir die Binnenbeziehungen brauchen: italienisch-holländisch, griechisch-französisch usw. Ein transkultureller Raum, der dennoch nationale Identitäten respektiert. Und lokale. Das sind ja auch alles Bürger*innen, die sich kennenlernen wollen und sich verbunden fühlen durch die Identität, Heidelberger*innen zu sein. Deshalb hieß unser erstes großes Drittmittelprojekt auch »Wir sind Heidelberg«.

Was haben Sie durch diesen Fokus erreicht?

Die lokale Identität ist für viele identitätsstiftend geworden. Nostalgie wurde durch Gegenwart abgelöst. Das finde ich das Schöne an unserem Haus: Wir berichten uns in unseren interkulturellen Projekten nicht gegenseitig vom Anderssein. Wir haben versucht, transkultureller zu denken: Wie führt man einen interkulturellen Dialog zum Beispiel über verschiedene Ansätze in der Pädagogik? Oder wie sprechen wir über große Themen, wie Liebe und Tod, die für alle, gleich woher sie kommen, existenziell sind?

Zur Eröffnung des IZ haben Sie das »Museum der gebrochenen Herzen« kuratiert.

Ja, dieses Museum kommt aus Zagreb, und weltweit können Menschen Objekte zur Verfügung stellen, die mit dem Verlust einer geliebten Person verbunden sind. Plötzlich war da die Geschichte eines Heidelbergers aus dem Zweiten Weltkrieg, verbunden mit der Geschichte einer Geflüchteten aus 2005. Die humane Erfahrung legte sich plötzlich über die soziologischen Koordinaten eines Menschen. So wird nicht die Differenz in den Mittelpunkt gestellt, sondern das Schaffen einer gemeinsamen Gegenwart. Man belebt damit die Stadtkultur, macht vermeintlich einsame Erfahrungen (mit)teilbar.

Damit sind Sie nah dran am Konzept der Interkulturellen Woche, die stark davon lebt, dass sich Menschen direkt begegnen, dass Vorurteile abgebaut werden durch gegenseitiges Kennenlernen und Gespräche.

Ja, es braucht diese Begegnungen. Genauso sind aber auch stabile Strukturen notwendig. Institutioneller Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus kann man nur institutionell begegnen. Da

Ausstellungen gehören ebenfalls zum Programm des Interkulturellen Zentrums.

Foto: IZ



muss man eine Kommune und ein Land in die Verantwortung nehmen und sagen: Befristete finanzierte Projekte sind natürlich toll, aber gebt uns eine Sicherheit, gebt uns einen Raum, der langfristig unserer bleibt und sich entwickeln kann.

Das sehen sicher nicht alle Entscheidungsträger so.

Ja, weil es kostet. Es heißt dann schnell, solche Räume braucht es nicht, das alles kann ja überall stattfinden. Da frage ich zurück: Wenn dem so wäre, warum habt Ihr dann Räume für alles? Warum hat die Bank eine Repräsentanz, warum hat jede Stadt ein Rathaus, eine neue Stadtbibliothek und so weiter, geschaffen? Räume sind Symbole und senden auch eine Botschaft über unsere Werte aus. Gerade auch die Ideen der Zivilgesellschaft brauchen diese Botschaft. In Heidelberg gab es glücklicherweise den politischen Willen dazu.

Mit dem International Welcome Center musste sich auch die Verwaltung interkulturell öffnen. Wie waren die Reaktionen darauf?

Einige dachten sicher »Warum muss das jetzt auf einmal alles von städtischer Seite passieren?« Aber indem es passiert, wurde von 90 Prozent der Menschen

»Plötzlich wurde von 90 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen, dass die Stadtverwaltung etwas für sie tut. So entsteht eine Anerkennungskultur für beide Seiten.«

mit Migrationsgeschichte plötzlich wahrgenommen, dass die Stadtverwaltung etwas für sie tut. So entsteht eine Anerkennungskultur für beide Seiten. Auch die Stadt bekommt endlich die Anerkennung für ihr Tun, weil ihre Angebote zielgruppengerecht kommuniziert werden und sichtbar sind.

Dann müssten Sie das diesjährige Motto der IKW, #offengeht, freudig unterschreiben.

Die Aussage von »offengeht« ist wichtig. Aber ich glaube, wir müssen uns auch bewusst sein, dass wir wie alle Lebewesen Grenzen brauchen. Öffnen und schließen ist ein Paar, das man zusammendenken muss. #offengeht: Das sind Einladungen, es sind Angebote. Aber wir brauchen auch Räume, die für die Vereine da sind und wo ich nicht weiß, was darin stattfindet. Sie müssen auch Ruhe haben vor diesem permanenten Sich-Öffnen. So wie jeder einzelne Mensch Rückzugsräume braucht, brauchen auch Teile der Zivilgesellschaft manchmal Rückzugsräume.

Wir sollten auch im Blick behalten, ob das #offengeht für alle Menschen gleichermaßen Gültigkeit hat. Diese Frage stellt sich etwa für Menschen, die nach einer Flucht in Gemeinschaftsunterkünften von der Aufnahmegesellschaft systematisch und zum Teil über lange Zeiträume isoliert werden.

Die Frage ist berechtigt. Woher nehmen wir das Recht, Menschen lange in einer Parallelwelt unterzubringen, wo sie nicht schnellstmöglich wieder ein lebenswertes Leben haben? Wir werden da unseren eigenen humanistischen Werten nicht gerecht. Man fragt sich, ist das jetzt gewollt und wo wollen wir hin? Man sieht ja jetzt durch die Geflüchteten aus der Ukraine, dass man mehr Ankommen ermöglichen kann. #offengeht will als Slogan Optimismus vermitteln und ist damit auch gelungen. Manchmal müsste man aber auch noch klarer benennen, in welchen Bereichen wir gerade gesellschaftlich scheitern. Manche Leute wollen auf keinen Fall offen sein – reicht es, denen zu sagen »offen geht doch«, oder müssen wir da vielleicht nochmal eine härtere Wertebatte führen?

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat das Integrationsparadox beschrieben: Je größer die Teilhabe von Migrant*innen wird – weil sie erfolgreich in Deutschland sind, gute Bildungsabschlüsse haben und in gute Jobs streben – desto größer werden die Verteilungskämpfe, weil sie plötzlich mit ebenfalls gut gebildeten Menschen ohne Migrationsgeschichte konkurrieren. Dieses Phänomen wird auch auf kommunaler Ebene diskutiert – wie sind Ihre Erfahrungen in Heidelberg?



Das IZ ist mit seinen Veranstaltungen auch in den Heidelberger Stadtteilen präsent, wie hier bei einer Literatur-Aktion auf einem Marktplatz. Foto: Lys Y. Seng



**Jagoda Marinić leitet
das Interkulturelle Zentrum
seit dessen Gründung.**

Foto: Dorothee Piroelle

Das Integrationsparadox ist eine sehr migrantische Perspektive auf ein demokratisches Phänomen. Denn es ist eigentlich Demokratie, wie sie immer war, nur sind jetzt die Akteur*innen diverser. Ich glaube nicht, dass es mit meinem migrantischen Projekt, das vom Ausländerbeirat begründet worden ist, irgendwie anders läuft als mit einem Projekt einer subkulturellen Gruppe, die einen Raum einfordert und sich ein selbstverwaltetes Zentrum aufbauen möchte. Als wir für die Trägerschaft eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung angestoßen haben, hatten die Widerstände bei manchen Bürger*innen natürlich auch eine ethnisch-rassistische Komponente. Doch jedes Projekt kämpft hart um seine Umsetzung. Daher exotisiert der Gedanke des Integrationsparadoxes aus meiner Sicht ganz normale demokratische Prozesse.

Gibt es generell einen gewissen Widerstand gegen Erneuerung?

Ich denke, das ist so, auch bei privilegierten Institutionen und Strukturen, die erneuern könnten. Weil Strukturen sich erst einmal nicht durch ein #offengeht definieren, sondern durch Abgrenzung: Wir sind die etablierte Struktur und Ihr nicht. Alle Akteure haben am

Ende mit den gleichen Widerständen zu kämpfen, und Minderheiten haben vielleicht noch größere Hindernisse zu überwinden. Aber Demokratie ist eben auch ein harter Kampf um seine Rechte. Das hatte ich anfangs nicht gedacht, auch ich ging selbstverständlich davon aus, dass Demokratie bedeutet, dass die Rechte eben im Grundgesetz stehen. Aber sie stehen dort, damit man sie im Notfall einklagen kann. Aber: Nicht alles ist einklagbar und nicht jede Minderheit kann sich einfach ihre Träume erfüllen, nur, weil sie gerade da ist, sondern sie muss in diesem demokratischen Milieu für ihre Ideen eine Mehrheit finden, Menschen begeistern.

Sie mussten das also auch?

Natürlich. Ich habe Überzeugungsarbeit leisten müssen, weil ich in einer Demokratie lebe und weil ich mit dem Sportzentrum, mit anderen Kulturzentren und weiteren Einrichtungen konkurriere. Da darf man keine Sonderbehandlung beanspruchen, darf sich nicht in die Opferrolle begeben, nach dem Motto »Wir haben aber noch nie etwas bekommen« – auch wenn es sogar stimmt. Im Gegenteil, man muss selbstbewusst sagen: »Wir machen das jetzt so toll, dass die uns das einfach geben

»Nicht jede Minderheit kann sich einfach ihre Träume erfüllen, nur, weil sie gerade da ist, sondern sie muss in diesem demokratischen Milieu für ihre Ideen eine Mehrheit finden, Menschen begeistern.«

wollen, weil unsere Arbeit gut ist.« Man muss aus einem erarbeiteten Selbstbewusstsein heraus positiv agieren und in einen Wettstreit der Ideen eintreten, denn das ist Demokratie auch. Außerdem braucht es die Gabe, sich geschlagen geben zu können. Ich habe viele Kompromisse machen müssen, habe aber die Erfahrung gemacht, dass ich in den vielen Kompromissen trotzdem einen Fortschritt erreichen kann. Das demokratische Prinzip beruht darauf, dass Menschen von unten erneuern, indem sie neue Ideen einbringen. Das ist das demokratische Versprechen. Das ist mein Wunsch für dieses Jahr: Dass wir zurückkommen zu dieser aktiven Selbsterneuerung. ❖

❖❖❖ Wie Jagoda Marinić die Spaltung der Gesellschaft wahrnimmt und was Politik und Zivilgesellschaft dagegen tun können, lesen Sie auf www.interkulturellewoche.de.



Friederike Ekol ist Politologin und Geschäftsführerin des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: info@interkulturellewoche.de



»WAS MUSS DIE POLITIK IN DEN KOMMENDEN VIER JAHREN UNBEDINGT UMSETZEN?«

Acht junge Bundestagsabgeordnete mit Migrationsgeschichte nehmen Stellung

Der Deutsche Bundestag ist nach der Wahl am 28. September 2021 jünger und diverser geworden. Nach einer Recherche des »Mediendienst Integration« haben von den 735 Abgeordneten mindestens 83 einen »Migrationshintergrund«. Das ist ein Anteil von 11,3 Prozent. Zum Vergleich: 26 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben eine Einwanderungsgeschichte.

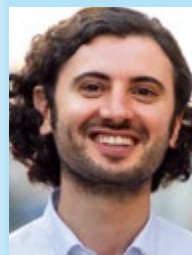
Die Interkulturelle Woche hat acht junge Abgeordnete, die zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurden, gefragt: »Was soll oder muss die Bundespolitik in den kommenden vier Jahren unbedingt umsetzen? Und was verbinden Sie mit dem Slogan #offengeht?« Das sollten die Politiker*innen in etwa 500 Zeichen beantworten. Alle Acht haben auch eine familiäre Migrationsgeschichte – das sollte aber nicht zwingend der Hauptaspekt ihres Statements sein. Vielmehr regten wir an, dass sie sich zu einem Thema äußern, mit dem sie sich als Fachpolitiker*innen oder in ihrer beruflichen Tätigkeit beschäftigen. Denn nicht jeder Mensch mit Migrationsgeschichte ist automatisch Expert*in für Integration, Rassismus oder Diskriminierung.

**Misbah Khan (B'90/Grüne),
geb. 1989 – Meckenheim
(Rheinland-Pfalz)**

»#offengeht bedeutet für mich: eine menschenrechtsgeleitete Flüchtlings- und Integrationspolitik, in der jeder einzelne Mensch zählt. Und eine Politik, die das Grundrecht auf Asyl gewährt und eine nachhaltige Integrationspolitik ermöglicht. Wir müssen so schnell wie möglich den Spurwechsel ermöglichen und damit eine wichtige Integrationsbarriere abbauen. Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellung in der Mitte der Gesellschaft sind die größten Gefahren für migrantisierte und rassifizierte Menschen.« Foto: Stefan Kaminski



**Hakan Demir (SPD),
geb. 1984 – Berlin**



»Der NSU, Hanau, Halle – das waren alles keine Einzelfälle. In Deutschland sterben durch rechtsextremistischen Terror mehr Menschen als durch jede andere Form von Extremismus. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie.

Rechtsextreme und rassistische Strukturen in der Gesellschaft und in den Sicherheitsbehörden müssen klar benannt und bekämpft werden. Aber vor allem brauchen wir gute Präventionsarbeit, die politische Bildung und Teilhabe in den Vordergrund stellt. Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist ein Muss.« Foto: Max Neudert

**Melis Sekmen
(B'90/Grüne),
geb. 1993 –
Mannheim
(Baden-Württemberg)**



»Unsere Bundespolitik muss in unsere Zukunft investieren. Statt immer nur auf Krisen zu reagieren, machen wir unser Land jetzt aktiv und vorausschauend fit für die großen Herausforderungen. Dazu gehört, endlich auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Das schaffen wir nur, indem wir Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz gemeinsam denken. Dabei sind alle von uns gefragt. #offengeht heißt für mich, den Beitrag und die Erfahrung von jeder und jedem wertzuschätzen, zu berücksichtigen und diese Vielfalt als das anerkennen, was sie ist: ein riesiger Gewinn für uns alle.«

Foto: HypYerlikaya



Muhanad Al-Halak (FDP), geb. 1989 – Deggendorf (Bayern)



»Für mich heißt das diesjährige

Motto #offengeht, die Chancen zu leben, die in einem liberaleren Zugang zu (Aus-) Bildung, Ehrenamt und Arbeitsmarkt verborgen liegen. Ich hatte großes Glück, viele Gelegenheiten beim Schopf packen und so zeigen zu können, was in mir steckt.

Aber ich weiß, dass dieses Glück längst nicht alle haben. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass diese Chancen für die ganze Gesellschaft eröffnet werden. Denn nur wer Chancen hat, kann sie auch ergreifen und sich einbringen.« Foto: Dominik Konrad



Catarina dos Santos Firnhaber (CDU), geb. 1994 – Städteregion Aachen (Nordrhein-Westfalen)

»Wir brauchen, gerade mit Blick auf junge Menschen, echte Fortschritte in der Bildung, Rente und Digitalisierung – da können und sollten wir auch von

anderen Ländern lernen. Als Mitglied des Digitalausschusses will ich neuen Ideen und Technologien eine rechtliche Basis geben, sodass sie uns im Alltag unterstützen können. Mit #offengeht verbinde ich zudem durch meine Wurzeln in Portugal und meiner Heimat im Dreiländereck mit Belgien und den Niederlanden ein Europa der Vielfalt, Toleranz, offenen Grenzen und des Miteinanders – bei uns Normalität, aber nicht selbstverständlich.« Foto: Dos Santos

Ates Gürpınar (Die Linke), geb. 1984 – Rosenheim (Bayern)



»Auch im Gesundheitsbereich

grassiert Rassismus. Die Bezeichnung Morbus Mediterraneus ist ein Beispiel hierfür. Rassistische Barrieren im Gesundheitssystem müssen überwunden werden, u.a. durch kultursensible Pflege. Dies betrifft auch den Zugang zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere. Aus Angst vor Abschiebung darf kein Arztbesuch aufgeschoben werden.

Ich fordere daher, dass Orte der Gesundheit auch Orte des Schutzes sein sollten. Auch dazu passt ihr schöner Slogan #offengeht.«

Foto: DIE LINKE im Bundestag



Natalie Pawlik (SPD), geb. 1992 – Bad Nauheim (Hessen)

»Lebenslanges Lernen – ein Ausdruck, der bei einigen kalten Angstschweiß auf der Stirn erscheinen lässt, während andere davon träumen, ein Leben lang Neues zu lernen. In den nächsten vier Jahren werde ich daran mitarbeiten, Weiterbildung und Qualifizierung aus dem schlechten Image des ewigen Schulbank-Drückens zu holen und mehr Menschen den Zugang zur beruflichen Weiterbildung zu ermöglichen. Gute Qualifizierung ist wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. #offengeht, wenn jeder Mensch eine Chance auf gute Arbeit erhält.« Foto: DBT-Inga Haar



Kassem Taher Saleh (B'90/Grüne), geb. 1993 – Dresden (Sachsen)

»Mehr denn je gilt es, entschieden die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und alles dafür zu tun, die Klima- und Biodiversitätskrise unter Kontrolle zu bekommen. Das funktioniert nur mit einer sozialökologischen Bau- und Wohnpolitik, dieser Fokus liegt mir als Bauingenieur besonders am Herzen. Wenn wir ALLEN Menschen ein bezahlbares und angemessenes Zuhause ermöglichen, kommen wir dem Motto #offengeht auf dem Wohnungsmarkt näher.« Foto: Juliane Mos

Protokolle: Steffen Blatt



WIE VÖLKISCHE SIEDLER DIE DEMOKRATIE BEDROHEN

In vielen Bundesländern lassen sich auf dem Land Gruppen nieder, die eine nationalistische und rückwärtsgewandte Ideologie leben – Sie wollen auch die politische Atmosphäre ändern

Andrea Röpke

Am Vormittag des Pfingstmontags 2021 fällt Ausflugs Gästen und Einheimischen am Waldrand nahe der Ortschaft Masendorf in der Lüneburger Heide starker PKW-Verkehr auf. Fahrzeuge aus ganz Deutschland biegen in einen abgelegenen Weg ein und verlassen ihn kurze Zeit später wieder. In Waldnähe bewegen sich altmodisch gekleidete Personen. Allmählich sickert die Meldung bis zur Polizei im nahe gelegenen Uelzen durch: Ein Zeltlager der extrem rechten Organisation »Sturmvogel – deutscher Jugendbund« scheint sich dem Ende zuzuneigen. Eltern holen die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen ab.

Später wird die Asche einer Feuerstelle auf einer versteckt gelegenen Waldlichtung von dem heimlichen Pfingstlager zeugen. Der hohe Fahnenmast wurde fast unauffällig neben andere Stämme in den Wald gelegt, die große schwarze Jurte und weitere Zelte in Kofferräumen verstaut. Fernab der Öffentlichkeit pflegten rund 50 überwiegend junge Menschen ihre Tradition eines rechtsbündischen Pfingstlagers. Der Staat und seine Maßnahmen haben in diesem Milieu nicht erst seit Beginn der Pandemiezeit keine Autorität. Die Demokratie als »System« ist nur wenig beliebt.

In ganz Deutschland leben Familienverbände, die seit Jahrzehnten eine völkisch-nationalistische Ideologie pflegen sowie einem elitären Geist und einem rückwärtsgewandten Lebensstil huldigen. Politisch gibt es eine Nähe zu Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Alternative für Deutschland (AfD) oder religiös-antisemitischen Gruppierungen wie dem »Bund für Gotterkenntnis e.V./Ludendorff« und dem Verein »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung«. Corona? Für manche aus diesen elitär-nationalistischen Verbänden von Siedlerinnen und Siedlern stellt die Pandemie lediglich eine weitere Lüge »der Macht- und Geld-Eliten« dar, um die Welt heimlich neu zu ord-

nen. Solche aktuellen Verschwörungserzählungen passen auch ins Weltbild völkischer Gruppierungen. Fake-News, die durch Fakten nicht zu entkräften sind.

KULTURKAMPF VON UNTEN

Nach 1945 haben sich Tausende extrem rechts Denkender nicht bloß in eigenen Parteien organisiert. Sie gründeten oder reaktivierten patriotische Bünde oder Gilden, sie kamen in reaktionären Vertriebenenstrukturen oder in Milieus zusammen, in denen der Holocaust gelehrt wird, und schulten sich im Hintergrund vor allem in eingeschwo- renen Familienkreisen. Diese ideologisch geprägten Kreise konnten sich festigen, bis heute verschlingen sie die

»In ganz Deutschland leben Familienverbände, die seit Jahrzehnten eine völkisch-nationalistische Ideologie pflegen sowie einem elitären Geist und einem rückwärtsgewandten Lebensstil huldigen.«





Bücher, Zeitungen und Zeitschriften der alten und neuen Rechten, führen einen Kulturkampf von unten. Der findet auch im Privaten statt. Einschlägiges Brauchtum und Gedankengut werden seit Jahrzehnten weitertransportiert, finden Einzug in Kindererziehung, Alltagswelt und Kultur.

Die damalige niedersächsische Verfassungsschutz-Präsidentin Maren Brandenburger kannte diesen unbeachteten Teil des rechtsextremen Spektrums. Sie sagte 2018: »In völkischen Familien drohen junge Leute für die Demokratie verloren zu gehen«. Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) warnte in einem Studiogespräch beim NDR Hannover am 24. August 2019 vor einem Prozess der Radikalisierung durch völkische Siedler. Geschehen ist dennoch wenig. Völkischer Einfluss etabliert sich personell und ideologisch auch innerhalb der AfD.

In vielen Bundesländern wurden Anwesen erworben, siedeln sich Familien und Gleichgesinnte bevorzugt in ent-

legenen Regionen an, bewirtschaften Bauernhöfe, pflegen Land und Vieh – ökologisch und artgerecht –, bringen sich in Vereinsleben, Eltern- und Umweltinitiativen ein, bemühen sich um Gemeinwohl, Kultur, Naturschutz. Rechtsextreme pachten Jagdgründe, hegen den Wildbestand und pflegen den Wald. Der Aktionsrahmen dieser Akteure ist vielfältig, doch die Handlungsmuster ähneln sich. In den ländlichen Regionen suchen die Neuen eine persönliche Akzeptanz, die zu politischer Zustimmung führen soll. Sie ziehen in Gebiete, wo viele Menschen abwandern. Dort hoffen sie, sich ohne starken Widerstand festsetzen zu können und die politische Atmosphäre zu ändern.

KULTURELLE HEGEMONIE DURCH LANDNAHME IM VORPOLITISCHEN RAUM

Hinter dieser Strategie, durch Landnahme im vorpolitischen Raum eine kulturelle Hegemonie zu gewinnen, steckt eine weitere politische Intention:

Sie wollen mit ihren Familien ihre völkisch-nationalistische Weltanschauung praktisch leben, ihre Kinder in der Natur und in ihrem Geiste erziehen, Brauch- und Volkstum wiedererwecken und oft Naturreligiosität ausleben. Das Private ist politisch, und das Politische ist privat. Sie sind nicht einfach radikal nationalistisch, sondern beharren auf jahrhundertealter, vermeintlich deutscher heldenhafter Geschichte, die erneut Gegenwart werden soll. Begangene Verbrechen werden ausgeblendet.

Die Dimension ihres Vorgehens wird bislang unterschätzt. Boris Pistorius ist einer der wenigen Innenminister, die sich zu diesem expandierenden Bestandteil des Rechtsextremismus klar geäußert haben. Dabei sind Warnungen und Aufklärung notwendig, denn vor Ort erscheinen völkisch Denkende und Handelnde oft nur als altmodische »Alternative«, die gegen Modernes aufbegehren und zurückgezogen leben wollen. Manchmal werden Outfit und Attitude belächelt, verbor-



Die Ortschaft Jamel in Nordwestmecklenburg ist ein Beispiel für den immer stärker werdenden Einfluss von rechten Gemeinschaften auf dem Land. Gleichzeitig findet dort jährlich ein Rockfestival gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit statt. Foto: Oliver Weber/Flickr/CC BY-SA 2.0



Bei Jugend- und Familienlagern verbreiten völkische Siedler ihre rechtsbündischen Ansichten. Hier ein Archiv-Foto einer Veranstaltung der »Heimattreuen Deutsche Jugend«, die seit 2009 unter anderem wegen der Verbreitung nationalsozialistischer Ansichten verboten ist. Foto: isso.media

»Manchmal werden Outfit und Attitude belächelt, verborgen bleibt der politische Fanatismus, der diese Strömung trägt.«

gen bleibt der politische Fanatismus, der diese Strömung trägt. Die Erwachsenen darin bilden nicht nur wirtschaftliche und soziale Netzwerke, sondern rüsten auf für den Tag X, an dem die Demokratie zusammenbrechen soll. Sie gelangen legal an Waffen, indem sie sich unter Schützenvereine und Jagdverbände mischen. Bei Feiern unter Schützenbrüdern kommt dann die wahre Gesinnung hervor. Doch darüber wird nur hinter vorgehaltener Hand getuschelt. Sie suchen Kontakte zu konservativen Verbänden und Parteien, die ihnen Tarnung bieten, haben Kontakte zu Rechten in Reservistenverbänden und Bundeswehr. Alles soll unauffällig verlaufen. Aufmerksamkeit ist nicht erwünscht.

KRITISCHER DIALOG IST DRINGEND GEBOTEN

Ein kritischer Dialog über völkische Vereinnahmungen innerhalb der Gesellschaft ist daher dringend geboten. Überlegungen für das soziale und politische Miteinander sollten neu definiert werden. Klare Positionierungen und Abgrenzungen nach rechts sind erforderlich. Kritische Dialoge sollten in der eigenen Familie und im Freundeskreis beginnen, in Umweltinitiativen, landwirtschaftlichen Kooperativen und Bio-Lebensmittelnetzwerken aufgegriffen sowie in veganen Kochgruppen, Tierschutzverbänden und alternativen Wohn- und Siedlungsprojekten weitergeführt werden. Kritische Diskussionen aber wollen völkische Siedler und völkisch Denkende unterbinden. Mit juristischen Mitteln wie Abmahnungen und Klagen ging eine ganze Reihe von



»Die Rechten sind einfach schon zu fest verankert. Deren langjährige Graswurzelarbeit trägt Früchte.«

ihnen gegen das Buch »Völkische Landnahme« vor. Ohne Erfolg, Fehler konnten nicht nachgewiesen werden.

In »Völkische Landnahme« erwähnte Personen wollen weiter jenseits einer kritischen Öffentlichkeit unbeobachtet ihren Kulturkampf, ihre Landnahmen vorantreiben. Gesprächsangebote oder Interviewanfragen der Autorin und des Autors wurden abgelehnt.

Bei einer Buchvorstellung in einem Theater in Quedlinburg versuchte eine Gruppe von Völkischen, gemeinsam mit ansässigen Anhänger*Innen der aus Russland stammenden esoterisch-antisemitischen »Anastasia«-Landsitzbewegung, die Veranstaltung zu stören. Bei dem Einschüchterungsversuch war der extrem rechte Influencer Nikolai

Nerling führend dabei. Der ehemalige Grundschullehrer ist wegen volksverhetzender Aussagen und Aktivitäten in Berlin entlassen worden. Als »Der Volkslehrer« tummelt er sich mittlerweile in Milieus von Holocaust-Leugnern bis hin zu rechten Selbstversorgern. Immer auf der Suche nach einer Provokation für seinen nächsten Video-Clip in den Sozialen Medien. Das Video aus Quedlinburg wurde nach der Störung gedreht. Sie singen vor dem Gebäude in der Dunkelheit und unbekannte Hände zünden schließlich den drinnen vorgestellten Band »Völkische Landnahme« an. Bücherverbrennung als Fanal.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER DRUCK WIRKT

Martin Raabe ist einer von über 300 Menschen, die mit der Bürgerinitiative »Beherzt« in der Lüneburger Heide Licht ins völkische Dickicht bringen wollen. Er weiß, dass es in seiner Umgebung viele Nachbarschaften gibt, in denen nur leise über die »Deutschnationalen« gesprochen wird, in denen der Großteil der Anwohner sich nicht positionieren mag. »Die Rechten sind einfach schon zu fest verankert. Deren langjährige Graswurzelarbeit trägt Früchte«, warnt Raabe. Der ehemalige

Pfarrer und seine vielen Mitstreiter*innen haben sich selbst erst durch viele Veranstaltungen zur Problematik und zur Auseinandersetzung im Alltag informiert, nun bieten sie Seminare und Unterstützung an, schulen sich und andere. Sie stehen denen bei, die unter Rechtsextremen leiden, aber unerkannt bleiben wollen. Zivilgesellschaftlicher Druck wirkt. Doch weitaus mehr Engagement ist bundesweit dringend nötig – nur dort, wo aufgeklärt und gehandelt wird, ziehen sich die Völkischen zurück. ❖

Andrea Röpke ist Politologin und freie Journalistin mit Schwerpunkt Rechtsextremismus. Für ihre Veröffentlichungen wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Zusammen mit Andreas Speit veröffentlichte sie 2019 das Buch »Völkische Landnahme. Alte Sippen,



junge Siedler, rechte Ökos«. Die Autoren können für Lesungen, Podiums- oder Gesprächsrunden im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden. Foto: © L. Schmidt

Kontakt: n.prufer@aufbau-verlage.de



Weitere Texte zum Thema »Die Vielfaltsgesellschaft gestalten und verteidigen« finden Sie auf unserer Homepage

- »Antisemitismus können wir nur gemeinsam bekämpfen – von unten, aus der Zivilgesellschaft« | Nikolas Lelle
- Zwischen Nächstenliebe und rechten Vereinnahmungsversuchen – Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit | Henning Flad

www.interkulturellewoche.de/themen



MENSCHENRECHTE FÜR GEFLÜCHTETE?!

DIE VERGESSENEN FAMILIEN

Die Ampel-Regierung hat versprochen, die Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan fortzusetzen. Doch eine Gruppe wird dabei fast völlig übersehen: Angehörige von in Deutschland lebenden Afghan*innen.

Foto: shutterstock.com/AlexiRosenfeld



Günter Burkhardt

Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt, hieß es lange. Heute meinen viele: Deutschlands Glaubwürdigkeit ist am Hindukusch gestorben – im Sommer 2021, als die Bundesregierung viel zu spät mit der Evakuierung gefährdeter afghanischer Mitarbeiter*innen begann und schließlich viel zu viele Menschen zurückblieben.

Verzweifelt, ohne Perspektive, und schwer enttäuscht von dem Land, das für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie stand – und sie, die daran geglaubt und dafür gearbeitet hatten, ihrem Schicksal überließ.

Rund vier Wochen stand Afghanistan im Spätsommer vergangenen Jahres medial im Zentrum, es gab »Brenn-



»Uns erreichten tausende Anfragen, und noch immer erhalten wir täglich Hilferufe von Menschen, die in Todesangst sind.«

punkte«, viel Empörung und Betroffenheit – und Versprechen der Politiker*innen, man werde die Menschen nicht im Stich lassen. Dann kamen die Bundestagswahl und eine Verschärfung der Pandemie, und Afghanistan war wieder raus aus den Schlagzeilen. Die Zahl der Aufzunehmenden wurde immer kleiner, die Kriterien wurden immer enger ausgelegt. Es ist absurd, dass nicht die Gefährdungslage in Afghanistan das Handeln bestimmte, sondern das Ziel, so wenigen Menschen wie möglich die Einreise zu gestatten.

Für PRO ASYL waren es anstrengende Monate: Uns erreichten tausende Anfragen, und noch immer erhalten wir täglich Hilferufe von Menschen, die in Todesangst sind. Sie schicken uns Fotos und E-Mails, Kopien von Reisepässen und Zeugnisse. Es ist schwer auszuhalten, einer jungen Frau in die Augen zu sehen – und sei es nur auf einem Foto auf dem Bildschirm – und ihr dann mitteilen zu müssen, dass es für sie kaum Chancen auf Evakuierung gibt. Umso schöner waren die seltenen, erlösenden Momente, in denen die Nachricht kam: Menschen, für die PRO ASYL sich eingesetzt hat, sitzen im Flieger auf dem Weg nach Deutschland. Doch viel zu viele Frauen und Männer, die Bezug zu Deutschland haben, warten noch immer.

WILLKÜRLICH FESTGELEGTE AUFNAHMEZAHLEN

Ende August 2021 sprach der damalige Außenminister Heiko Maas von 40.000 Menschen, die auf den Ausreiselisten des Auswärtigen Amtes stünden und von Deutschland aufgenommen werden sollten. Im Dezember war die Rede von 40.000 Afghan*innen, die in 15 EU-Staaten unterkommen sollten, schließlich haben bis Mitte Februar 30.000 Afghan*innen eine Aufnahmezusage von Deutschland erhalten. Doch es war von Anfang an fahrlässig, anhand einer willkürlich festgelegten Zahl bestimmen zu wollen, wie viele Afghan*innen nach Deutschland kommen dürfen. Wenn Menschen in Lebensgefahr sind, müssen sie gerettet werden – Punkt, aus. Dass die frühere Bundesregierung bereits Ende August ohne Begründung die Liste geschlossen hat, auf der sich bedrohte Menschen registrieren konnten, ist inakzeptabel.

Es ist erfreulich, dass die Ampel-Regierung im Koalitionsvertrag angekündigt hat, ein humanitäres Aufnahmeprogramm für Afghanistan zu schaffen. Auch der »Aktionsplan Afghanistan«, den das Auswärtige Amt Ende Dezember veröffentlichte, enthält viele gute Ansätze. Doch diese müssen nun viel schneller als bisher umgesetzt werden, bevor noch mehr Menschen sterben. Und: Die Dunkelziffer jener, die dringend unsere Hilfe benötigen und aufgrund ihrer familiären oder beruflichen Verbindungen nach Deutschland ein Anrecht darauf haben, ist hoch.

In der öffentlichen Debatte ist meistens von Ortskräften und Menschenrechtsverteidiger*innen die Rede, denen Deutschland helfen muss. Völlig vergessen werden dabei aber all jene, die ein Recht auf Familiennachzug haben. Da die Behörden unter der Großen Koalition den Familiennachzug systematisch verschleppt haben, warten viele Angehörige von Menschen, die in Deutschland Schutz zugesprochen bekommen

haben, seit Jahren darauf, dass sie nachziehen dürfen, so wie es ihnen rechtlich zusteht. Nach der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Situation für sie dramatisch zugespitzt. Denn auch sie sind gefährdet.

EINE MUTTER IN HAMBURG WARTET AUF IHRE VIER KINDER, DIE NOCH IN AFGHANISTAN SIND

Da ist zum Beispiel die alleinerziehende Mutter von vier Kindern: Sie lebt in Hamburg, die Kinder jedoch sind noch immer in Afghanistan. Ihr war es Anfang 2017 gelungen, nach Deutschland zu kommen und sie erhielt hier Flüchtlingschutz. Um ihre Kinder vor den Gefahren der Flucht zu schützen, war Frau H. zunächst alleine geflohen, in dem Wissen, dass die Kinder vorübergehend von ihrer Mutter betreut werden. Sie stellte schon 2017 einen Antrag auf den Nachzug ihrer Kinder, doch seitdem bemängeln die deutschen Behörden, dass dieses oder jenes Dokument fehle. Die sehr lange Bearbeitungszeit durch die Botschaft zieht das Visumverfahren für alle Beteiligten unerträglich in die Länge. Seit fünf Jahren hat Frau H. ihre Kinder nicht gesehen. Ein Sohn sagt, dass die Situation in Afghanistan mittlerweile so schlimm sei, dass er es nicht mehr aushalte und nun in Betracht ziehe, sich auf den Weg zu machen, der in Europa als »illegale Migration« bezeichnet wird. Obwohl der Visumerteilung rechtlich nichts mehr im Weg steht, wartet die Familie weiter – so wie viele andere auch.

»Deutschlands Glaubwürdigkeit ist am Hindukusch gestorben.«



»Die sehr lange Bearbeitungszeit durch die Botschaft zieht das Visumverfahren für alle Beteiligten unerträglich in die Länge.«

Die deutsche Botschaft in Islamabad, die primär zuständig ist für Visum-anträge von Afghan*innen, ist weiterhin überlastet mit der Vielzahl von Anfragen, die durch die zahlreichen Evakuierungsgesuche von ehemaligen Ortskräften weiter angestiegen sind. Die mangelnden Kapazitäten sind seit Jahren sichtbar und bekannt – dennoch hat das Auswärtige Amt es versäumt, hier für ausreichende personelle Kapazitäten zu sorgen. Die Aufstockung um gerade

mal neun zusätzliche Stellen seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 ist bei weitem nicht ausreichend.

Es ist gut, dass die Ampel-Regierung die Verfahren zum Familiennachzug beschleunigen, digitalisieren und vereinfachen will. Ebenso positiv ist es, dass subsidiär Geschützte – also beispielsweise Menschen, die aus Syrien oder Afghanistan vor Krieg und Terror fliehen – beim Familiennachzug wieder jenen gleichgestellt werden, die Schutz unter der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Doch die afghanischen Familien warten schon viel zu lange: Seine Liebsten in Gefahr zu wissen, zählt wohl zu den größten psychischen Belastungen, die es gibt. In der Debatte um die Aufnahme von gefährdeten Afghan*innen muss der Familiennachzug deshalb eine prominente Rolle spielen – damit Frau H. ihre Kinder endlich wieder in die Arme schließen kann.

HUMANITÄRE HÄRTEFÄLLE: 9-JÄHRIGER JUNGE IN KABUL, DIE ELTERN IN KASSEL

Zudem braucht es Lösungen für jene Familien, die völlig durchs Raster der deutschen Gesetzgebung fallen. So wie die Familie Rahimi: Mutter, Vater und drei kleine Töchter leben in Kassel – doch der 9-jährige Sohn und Bruder ist noch immer in Kabul bei seinem Großvater. Die Eltern vergehen vor Sorge. Rund 7000 ehemalige Ortskräfte sind bisher in die Bundesrepublik eingereist. »Und für einen kleinen Jungen ist kein Platz im Flugzeug?«, fragt Emrans Mutter verzweifelt. Platz wäre vielleicht – aber das Recht ist nicht aufseiten der Familie. Der kleine Emran hat bislang keine Chance, zu seiner Familie nach Deutschland zu kommen, weil die Eltern hier nur geduldet sind. Bei Geduldeten gibt es keinen Familiennachzug – denn Duldung ist die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Dabei ist klar: Ins Taliban-Land Afghanistan kann nicht abgeschoben werden.



Für solche humanitären Härtefälle muss die Bundesregierung unkomplizierte und unbürokratische Lösungen finden. Denn hinter den »Härtefällen« stecken Väter, die nachts vor Sorge um die Kinder nicht schlafen können, und Mütter, die kaum noch etwas essen.

Neben Regelungen des Bundes braucht es auch das Engagement der Länder. Dass einzelne Bundesländer wie Thüringen, Bremen und Berlin Landesaufnahmeprogramme für Afghan*innen beschlossen haben, ist ein Lichtblick. Schließen sich auch andere Bundesländer an und willigt das Bundesinnenministerium ein – anders als es in der Vergangenheit unter CSU-Innenminister Seehofer der Fall war – könnten besonders Familien davon profitieren. Hamburg, wo Frau H. lebt, könnte ihren Kindern erlauben, zu ihr zu reisen, wenn der offizielle Weg über den Familiennachzug zu lange dauert. Und das Land Hessen könnte dafür sorgen, dass der kleine Emran über ein Landesaufnahmeprogramm endlich zu seinen

Eltern und Schwestern nach Kassel kommen darf.

Auch an der polnisch-belarussischen Grenze sitzen Menschen aus Afghanistan oder Syrien fest, die Familienangehörige in Deutschland haben. Weil sie aufgrund des jahrelangen Wartens auf die Entscheidung in ihrem Visaverfahren zum Familiennachzug völlig zermürbt sind, sehen sie keine andere Möglichkeit, als zu versuchen, »illegal« nach Deutschland zu gelangen – so wie der älteste Sohn von Frau H. aus Hamburg es in Erwägung zieht. Andere haben zwar eine Schwester oder einen Onkel in Deutschland, doch sie haben gar keine Chance auf offiziellen Familiennachzug, weil der Begriff der »Kernfamilie«, für die der Familiennachzug möglich ist, von Deutschland zu eng gefasst wird. Deshalb machen sich Menschen auf den illegalen und gefährlichen Weg. Im Koalitionsvertrag ist als ein Ziel auch festgelegt, diese irreguläre Migration zu verhindern. Würden die Regelungen für den Familiennachzug flexibler gestaltet und Klauseln für humanitäre Härtefälle auch angewendet werden, könnte die Bundesregierung damit auch dieses Ziel erreichen – und gleichzeitig Menschenleben retten. Möglich ist vieles, wenn der politische Wille da ist. Es bleibt zu hoffen, dass das grün geführte Außenministerium und das SPD-geführte Innenministerium diesen Willen mitbringen. Dann könnte die deutsche Politik etwas ganz Entscheidendes zurückgewinnen: Menschlichkeit.

Günter Burkhardt ist Geschäftsführer und Mitbegründer von PRO ASYL. Die Menschenrechtsorganisation setzt sich seit mehr als 30 Jahren für die Rechte von Flüchtlingen



und Asylsuchenden ein. Burkhardt ist außerdem Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: PRO ASYL

Kontakt: presse@proasyl.de

Dazu braucht es auch den Druck aus der Zivilgesellschaft, und hier kann die Interkulturelle Woche ihren Beitrag leisten: durch Aktionen, Info- und Diskussionsveranstaltungen, etwa zum »Tag des Flüchtlings«, der in diesem Jahr am 30. September stattfindet. Veranstalter*innen können Bundestagsabgeordnete einladen und mit ihnen ein Jahr nach der Bundestagswahl über die bisherige politische Bilanz der Ampelregierung im Bereich Flucht und Asyl diskutieren. Grundlage hierfür kann die PRO ASYL-Broschüre »Menschenwürde verteidigen! Analyse der Flüchtlingsrechte im neuen Koalitionsvertrag« sein. Sie kann unter www.proasyl.de/schaufenster heruntergeladen und bestellt werden. ❖

»Möglich ist vieles, wenn der politische Wille da ist. Dann könnte die deutsche Politik etwas ganz Entscheidendes zurückgewinnen: Menschlichkeit.«

Viele Afghanen wurden im vergangenen Jahr nach der Machtübernahme der Taliban aus ihrem Heimatland evakuiert, wie diese Gruppe, die im Oktober in Luxemburg ankam. Aber immer noch sind viele, die gefährdet sind, im Land. Foto: NATO

KLIMABEDINGTE VERTREIBUNG – EIN THEMA FÜR DIE INTERKULTURELLE WOCHEN

Es gibt verschiedene Ansätze zum Umgang mit Klimavertriebenen – Ein Problem: Sie haben derzeit keinen vergleichbaren Schutzanspruch wie politisch Verfolgte

Raphael Bolay

»Wir werden von Nachrichten und Bildern überschwemmt, wie ganze Völker durch katastrophale Klimaveränderungen entwurzelt und zur Migration gezwungen werden.«

Wie von Papst Franziskus beschrieben, dürften die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels – etwa Dürren, häufiger auftretende Extremwetterereignisse oder ein steigender Meeresspiegel – perspektivisch zu einem immer wichtigeren Faktor für Migrationsentscheidungen werden. Welche Lösungen aber gibt es für Menschen, die ihre Heimat aufgrund klimatischer Veränderungen verlassen müssen?

Diese und ähnliche Fragen sind auch für die Interkulturelle Woche von Bedeutung. Veranstaltungen und Aktionen zum Thema »Klimavertreibung« haben in den vergangenen Jahren zugenommen, es gibt mehr und mehr Kooperationen mit Initiativen, die sich mit Umweltschutz und Nachhaltigkeit beschäftigen (siehe Seite 46), und es werden Ausstellungen im Rahmen der IKW gezeigt.

Denn die Zahl der potenziell Betroffenen ist hoch. Allerdings kursieren sehr unterschiedliche Zahlen und Prognosen, was auch daran liegt, dass es keine einheitliche und präzise Definition für klimabedingte Vertreibung gibt. Doch anstatt die Ansätze darzustellen und beispielsweise zu verdeutlichen, dass es sich (auch) um Binnenvertriebene handelt, beschränkt sich die Berichterstattung zu oft auf eine aus dem Kontext gerissene und möglichst hohe Zahl, die Ängste vor Migration und bekannte Abwehrreaktionen provoziert. Dabei gerät die eigentliche Botschaft in den Hintergrund: Nach Einschätzung von Expert_innen lässt sich durch schnelle und konsequente Weichenstellungen der Hauptverursacher des Klimawandels ein Großteil der prognostizierten klimabedingten Vertreibungen verhindern. Das hat etwa die »Fach-

kommission Fluchtursachen« der Bundesregierung in einem Bericht im vergangenen Jahr festgehalten. Anders als fragwürdige Abkommen mit Despoten, wäre dies echte Fluchtursachenbekämpfung.

Wenn wir also über Klimavertreibung sprechen, müssen wir den Blick auch auf uns selbst richten:

KLIMAPOLITIK IN DEUTSCHLAND – UND DIE ROLLE DER CARITAS

Die Aktivistin und Fridays-for-Future-Mitorganisatorin Luisa Neubauer beschrieb auf der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes im Herbst 2020 die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels und forderte, politischen Druck aufzubauen und selbst Maßnahmen umzusetzen: »Die Welt brennt – zumindest in Teilen. Und wo es nicht brennt, schmilzt es. Und wo es nicht schmilzt, flutet es.« Die Caritas hat die Klimakrise zu einem Schwerpunkt gemacht und sich unter anderem mit einem Positionspapier (»Klimaschutz ambitioniert und sozial gerecht gestalten«) in den Bundestagswahlkampf eingemischt. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutsch-





land (eaD) bietet der Deutsche Caritasverband mit dem »Stromspar-Check« zudem praktische Lösungen für Menschen, die überproportional unter steigenden Energiepreisen leiden. Zur Glaubwürdigkeit gehört es für die Caritas ferner, den Blick auf eigene Gebäude, die Fahrzeugflotten ambulanter Pflegedienste oder Kantinenangebote in Krankenhäusern zu richten. Im Jahr 2030 möchte die Caritas mit ihren rund 25.000 Diensten, Einrichtungen und Verbänden klimaneutral arbeiten.

Für die Caritas wie für Deutschland als Ganzes gilt: Die Ziele sind vorhanden, die Umsetzungsgeschwindigkeit muss allerdings erhöht werden.

DIE INTERNATIONALE (KLIMA-) ARBEIT DES DEUTSCHEN CARITAS-VERBANDES

Im Jahr 2021 hat die »Fachkommission Fluchtursachen« umfangreiche Empfehlungen vorgelegt, wie den Ursachen von Flucht und Vertreibung wirksam begegnet werden kann. Die Expert_innen schlagen vor, den Klimaschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen. Mit seinem Hilfswerk Caritas international verfolgt der Deutsche Caritasverband in zahlreichen Ländern gemeinsam mit Partnerorganisationen das Ziel, Lebensgrundlagen zu erhalten und die Resilienz der Bevölkerung zu stärken, damit diese besser mit den Folgen extremer Wetterereignisse und schleichender Umweltveränderungen umgehen kann.

»Für die Caritas wie für Deutschland als Ganzes gilt: Die Ziele sind vorhanden, die Umsetzungsgeschwindigkeit muss allerdings erhöht werden.«

ANSÄTZE ZUM UMGANG MIT KLIMAVERTRIEBENEN

Mit verstärkten globalen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen lässt sich Vertreibung begrenzen, aber nicht gänzlich verhindern. In diesem Zusammenhang ist eine ganze Bandbreite von Migrations- und Vertreibungsszenarien möglich:

- Reaktive Migration, die das Überleben nach einer Katastrophe sichert oder proaktivere Migration, etwa wenn sich abzeichnet, dass ein steigender Meeresspiegel dauerhaft die Lebensperspektive nimmt.
- Vertreibung oder Migration, die allein auf Umweltveränderungen zurückzuführen ist oder durch weitere Faktoren beeinflusst wird. Ein Sonderfall sind durch klimatische Veränderungen mitverursachte Kriege und Konflikte.
- Migration oder Vertreibung im Herkunftsland oder grenzüberschreitend.
- Temporäre oder dauerhafte Vertreibung.



Folgen des Klimawandels:
Das Haus dieser Familie in Bangladesch wurde durch eine der schlimmsten Überschwemmungen in der jüngsten Geschichte des Landes zerstört.

Foto: Caritas International

Bereits diese Aufzählung verdeutlicht, dass es keine einfachen Lösungen geben kann. Stattdessen sollen hier einige Ansätze skizziert werden, wofür Wissenschaft und bestehende internationale Netzwerke wie die Plattform on Disaster Displacement wichtige Anhaltspunkte liefern.

Fallen Klimavertriebene unter bestehende Schutzsysteme? Trotz ihrer aussichtslosen Situation haben Klimavertriebene zunächst keinen vergleichbaren Schutzanspruch wie ihn (bei allen Problemen) etwa die Genfer Flüchtlingskonvention für jene bietet, die vor politischer Verfolgung fliehen. In der Praxis dürften Hilfe durch die Vereinten Nationen (insbesondere durch UNHCR) oder regionale Schutzsysteme ins Spiel kommen, wenn infolge klimatischer Veränderungen Konflikte ausbrechen

oder Menschen bereits Zuflucht in anderen Ländern gesucht haben. Zweifellos besteht jedoch bei klimabedingten Notlagen für viele Betroffene kein unmittelbarer Schutzanspruch.

Wie könnte der Schutz von Klimavertriebenen ausgestaltet sein? Obwohl es naheliegt, das globale und regionale Schutzsystem für Flüchtlinge um einen Vertreibungsgrund zu ergänzen, der bei der Verabschiedung nicht im Blick war, wäre dieser Schritt angesichts des weltweit erodierenden Flüchtlingsschutzes ein unkalkulierbares Risiko. Neuverhandlungen könnten dazu führen, dass die Rechte von Flüchtlingen eingeschränkt oder gesamte Vereinbarungen in Frage gestellt werden. Stattdessen müssen die Lücken durch spezifische Vereinbarungen auf globaler und regionaler Ebene geschlossen werden.

Raphael Bolay ist Referent für Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband e. V. in Freiburg.



Foto: privat

Kontakt:

Raphael.Bolay@caritas.de





Welche Staaten sollten Klimavertriebene unterstützen? In der Regel suchen Klimavertriebene Zuflucht in anderen Landesteilen oder Nachbarstaaten. Hier muss die Weltgemeinschaft finanziell und logistisch unterstützen. Wenn eine Rückkehr ebenso unmöglich ist wie ein Verbleib am Zufluchtsort, müssen unter Umständen Lösungen in anderen Weltregionen gefunden werden. Auch weil Industriestaaten die Hauptverantwortung für die

Klimakrise tragen, sollten sich gerade diese Staaten verpflichten, Unterstützung zu leisten, was auch Aufnahmen umfasst.

Wie können Aufnahmen organisiert werden? Staaten könnten sich analog zu etablierten Resettlementverfahren zu einer Aufnahme verpflichten und eine sichere und geordnete Einreise ermöglichen. Auch die Ausgabe eines Klimapasses, mit dem durch den Klimawan-

del bedrohte Personen sicheren Zugang zu anderen Staaten erhalten, ist denkbar.

Wie realistisch sind kurzfristige Fortschritte? Leider besteht in Bezug auf die Folgen des Klimawandels vielfach eine verantwortungslose Gleichgültigkeit. Es bleibt zu hoffen, dass andere Staaten nachziehen, wenn Länder wie Deutschland handeln und bei der Unterstützung von Klimavertriebenen voranschreiten.

FAZIT:

Um die politisch Verantwortlichen bei der Klimavertriebung zum Handeln zu bewegen, scheint es notwendig, Herausforderungen differenziert und präzise zu beschreiben. Auf der anderen Seite wird darauf zu achten sein, dass diese hohe Problemkomplexität nicht dazu führt, dass Verantwortlichkeiten offen und in der Folge erforderliche Schritte ausbleiben. ❖

❖ Weitere Informationen zu den Klima-Aktivitäten der Caritas sind unter <https://klima.caritas.de/> zu finden.



Weitere Texte zum Thema »Flucht und Asyl« finden Sie auf unserer Homepage

- Wie zwei deutsche Journalisten Gastfamilien für geflüchtete Afghanen suchen | Niklas Schenck
- Immer wieder werden die Asylgesuche von queeren Geflüchteten abgelehnt | Alva Träbert und Patrick Dörr
- »Es braucht einen langfristigen Beziehungsaufbau« – Interview mit einem Sozialarbeiter, der mit queeren Geflüchteten arbeitet | Elena Knežević
- »Plötzlich Dinge erzählen, die in meiner Heimat absolut tabu sind« – Ein Geflüchteter berichtet von seinem Weg nach Deutschland und dem Ankommen

www.interkulturellewoche.de/themen





ORTE DER VIelfALT

AUF DEM WEG ZUR WELTOFFENEN KOMMUNE

Die Fluchtbewegung durch den Krieg in der Ukraine stellt Städte, Kreise und Gemeinden vor große Herausforderungen – Wer jetzt schon gute Strukturen zur Integration hat, ist klar im Vorteil

Claudia Walther

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine fliehen unzählige Menschen von dort in die europäischen Nachbarländer. Hunderttausende werden auch in Deutschland erwartet, die Kommunen stellen sich darauf ein. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist enorm, gleichzeitig stellt die Situation die Kommunen vor große Herausforderungen.

VIELE SIND BESSER VORBEREITET ALS 2015

Doch viele Städte, Kreise und Gemeinden sind besser vorbereitet als 2015 und in den Folgejahren, als insgesamt etwa eine Million Menschen aus vor allem Syrien, Irak und Afghanistan nach Deutschland kamen. Damals zeigte sich, dass diejenigen Kommunen, die bereits gute Strukturen, Beteiligungsprozesse und Dialogformate aufgebaut hatten, klar im Vorteil waren. Beispielsweise konnten Mitglieder aus Migrantenorganisationen mit arabischen Wurzeln angesprochen werden, ob sie bei Übersetzungen oder Behördengängen helfen können, wenn man sich bereits vom Integrationsnetzwerk her kannte. Seit Anfang der 2000er-Jahre hatten zudem mehr und mehr Kommunen, ins-

besondere die größeren und mittleren Städte sowie Kreise, Integrationskonzepte entwickelt, Integrationsbeauftragte etabliert und Integrationszentren sowie Netzwerktreffen oder Runde Tische eingerichtet. Dies half in den Jahren nach 2015 dabei, ehrenamtliches Engagement, Kommunalverwaltung und andere Akteure an einen Tisch zu bringen und die Integrationsarbeit miteinander abzustimmen und zu verbessern.

Letztendlich war die Integration der Geflüchteten (beispielsweise in den Arbeitsmarkt) erfolgreicher als gedacht und gesagt: Denn inzwischen ist etwa die Hälfte der Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung angekommen, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Doch die Stimmung in der Bevölkerung drohte damals, nach

Foto: stock.adobe.com/Christian Müller





der anfänglichen Willkommenseuphorie 2015, zu kippen. Und dies wies auf eine andere Herausforderung hin: Es ist unabdingbar, mit guter Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zu versuchen, die Bevölkerung mitzunehmen.

DER »SELBSTCHECK WELTOFFENE KOMMUNE«

In den vergangenen vier Jahren gab es bei vielen Kommunen einen zunehmenden Reflektionsbedarf: Wo stehen wir mit unserer Integrations- und Vielfaltsarbeit? Was ist mit den anderen Migrantengruppen außerhalb der Gruppe der Geflüchteten? Wie erreichen wir die Aufnahmegesellschaft? Nicht die Integration von Geflüchteten sollte im Fokus stehen, sondern die Reflektion über das ganze Themenspektrum kommunaler Integrations- und Diversitätsarbeit.

Der »Selbstcheck Weltoffene Kommune«, den das gemeinnützige Analyse- & Beratungshaus PHINEO und die Bertelsmann Stiftung in den vergangenen zwei bis drei Jahren mit 35 Modellkommunen und drei Pilotkommunen erprobt haben, gibt Städten, Kreisen und Gemeinden eine Checkliste an die Hand, um einzuschätzen: Wo steht unsere Kommune, und wie wollen wir uns weiterentwickeln? Dieser Selbstcheck ist eine der drei Säulen des Modellprojekts »Weltoffene Kommune«, das von der Bundesintegrationsbeauftragten seit Herbst 2019 bis Februar 2022 unter-

stützt worden ist (siehe Seite 36). Im Rahmen dieses Modellprojektes sind zudem Dialogveranstaltungen und Leadership-Talks für Bürgermeister:innen und Dezernent:innen der Modellkommunen angeboten worden. Das Projekt gehört zum internationalen Netzwerk www.welcominginternational.org. Selbstcheck sowie Erfahrungen und Good Practice-Beispiele aus dem Modellprojekt sowie weitere informative Beiträge sind auf der Wissensplattform www.weltoffene-kommune.de frei verfügbar.

ENTSCHEIDEND IST DER AUSTAUSCH VERSCHIEDENER PERSPEKTIVEN

Doch das Ausfüllen des Selbstcheckfragebogens durch die Verwaltung ist nur die halbe Miete. Entscheidend ist, dass diese Einschätzung gemeinsam mit den verschiedenen Akteur:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutiert und durch die unterschiedlichen Perspektiven ergänzt wird. Daher diskutierten in den Selbstcheckworkshops der Modellkommunen Teilnehmende aus Wohlfahrtsverbänden, Migrant:innenorganisationen, Jobcenter und Bildungseinrichtungen zusammen mit Vertreter:innen der Verwaltung aus verschiedenen Fachbereichen sowie der Kommunalpolitik. Diese nahmen in der jeweiligen Kommune zu verschiedenen Handlungsfeldern eine Bestandsaufnahme vor und hielten fest, wo sie Handlungsbedarf sehen.

»Wo steht unsere Kommune, und wie wollen wir uns weiterentwickeln?«

In allen Selbstcheckworkshops gab es also eine Verständigung darüber, wo die Kommune steht und wie es weitergehen soll. Meistens ging dies mit einer Aufbruchsstimmung einher. Für einige Kommunen, die noch kein Integrationsnetzwerk, keinen Runden Tisch oder keine Steuerungsgruppe haben, war der Selbstcheckworkshop ein Anlass, eine solche Struktur einzurichten.

MENSCHEN AUS DER UKRAINE WILLKOMMEN HEISSEN

Natürlich werden alle Kommunen ihren Schwerpunkt in den kommenden Monaten auf die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine legen. Vieles ist diesmal anders, weil sich auch die rechtlichen Bedingungen geändert haben. Auch wissen wir nicht, wie lange der Krieg in der Ukraine dauert, wie viele Geflüchtete bleiben, und wie viele zurückgehen wollen. Doch es wird wieder so sein, dass diejenigen Kommunen, die bereits über ein akteureübergreifendes Netzwerk verfügen, besser in der Lage sind, die Aktivitäten der Verwaltungsmitarbeitenden, der zivilgesell-



schaftlichen Akteure und der Einrichtungen vor Ort zu koordinieren.

In vielen Kommunen werden geordnete Abläufe erarbeitet werden: Wo gibt es die erste Anlaufstelle, wie wird die Unterbringung geregelt, wer kann

Menschen zu Ämtern begleiten, um die Registrierung und soziale Unterstützung zu regeln? In nicht wenigen Kommunen wird es bereits von Vorteil sein, wenn verschiedene Akteure der Kommune, etwa aus Ausländerbehörde und Jobcenter, sich kennen und schneller

zum Telefonhörer greifen, um Abläufe für die geflüchteten Personen zu beschleunigen.

KOMMUNIKATION IST UNABDINGBAR

Noch ist die Hilfsbereitschaft riesengroß und unschätzbar wichtig. Doch wird es wieder eine Phase geben, wo die Skeptiker lauter werden, wo Populisten ihre Gelegenheit kommen sehen, um gegenüber Migrant:innen Zweifel zu säen und zu hetzen. Daher ist es nicht nur unabdingbar, klar und transparent zu informieren, wo es welche Servicestellen gibt, wie die Wege und Zuständigkeiten sind. Sondern Kommunikation ist auch gegenüber der Aufnahmegesellschaft wichtig, um sie mitzunehmen, um Hass und Hetze entgegenzutreten, um für Empathie und Gespräch weiterhin zu werben. Dafür bietet die Interkulturelle Woche einen hervorragenden Rahmen und eine Plattform. Denn sie schafft Räume, in denen diese Themen besprochen und diskutiert werden können. So können alle aus den Erfahrungen von 2015 und den Folgejahren lernen und die Integration der Menschen aus der Ukraine erfolgreich angehen. ❖

Modellprojekt Weltoffene Kommune



DAS PROJEKT IST AUF DREI SÄULEN AUFGEBAUT

1) SELBSTCHECKS

Mit Selbstchecks konnten die Modellkommunen eine Standortbestimmung vornehmen und ihre eigenen Strukturen und Abläufe prüfen. Sie konnten feststellen, wo Weltoffenheit schon gelebte Normalität ist und wo nachgebessert werden sollte, beispielsweise bei interkultureller Öffnung, Integrationskonzepten oder der Zusammenarbeit vor Ort.

Mit den Selbstchecks haben auch Kommunen, die nicht an dem Projekt teilgenommen haben, ein Instrument an der Hand, das ihnen künftig Orientierung gibt, den Weg hin zu Weltoffenheit eigenständig zu gestalten. Der Selbstcheck steht den Kommunen auch nach dem Projektende unter www.weltoffene-kommune.de zur Verfügung.

Näheres zum Modellprojekt finden Sie auf der Wissensplattform: www.weltoffene-kommune.de

2) DIALOGFORMATE

Weltoffenheit gelingt nur mit den Einwohner:innen zusammen. Hierzu braucht es aktive Kommunen, die auf die Menschen vor Ort zugehen, die alle Menschen einbeziehen – ob jung oder alt, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Deshalb waren Dialoge fester Bestandteil des Projekts.

3) ANGEBOTE FÜR KOMMUNALE ENTSCHIEDER:INNEN

Eine Stadt oder eine Gemeinde zu leiten, war schon immer eine große Herausforderung. Allerdings haben die Anfeindungen und Bedrohungen gegen Politiker:innen, die oftmals auch gegen die Familien und sogar die Kinder gerichtet sind, massiv zugenommen. Daher stand auch die Stärkung der kommunalen Spitzen im Fokus des Modellprojekts. Für sie wurden unter anderem Unterstützungstools und Austauschformate entwickelt, um sie im Umgang mit Hass und Hetze und für ihre Arbeit und ihr Engagement für Weltoffenheit zu stärken. ❖

Claudia Walther arbeitet seit 2001 in der Bertelsmann Stiftung. Sie ist als Seniorprojektmanagerin für das Thema kommunale Integrations- und Vielfaltsarbeit verantwort-



lich, unter anderem für das Kooperationsprojekt WELTOFFENE KOMMUNE, aktuell für das Thema »Kommunen in der Ukraine Krise stärken«.

Foto: Bertelsmann Stiftung

Kontakt:

Claudia.Walther@bertelsmann-stiftung.de



WARUM WIR EINE DISKRIMINIERUNGS- UND RASSISMUSKRITISCHE PÄDAGOGIK BRAUCHEN

Sie muss fester Bestandteil von Studium, Ausbildung und der gesamten Dienstzeit von Lehrenden werden

Florence Brokowski-Shekete

Schauen wir dieser Tage in die Klassen unserer Schulen, so kommt man nicht umhin, die Diversität in diesen Klassenzimmern festzustellen. Schüler*innen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft und verschiedenen Biografien sitzen selbstverständlich nebeneinander.

Wird ein Blick besonders auf die ethnische Herkunft gelegt, so ist hier die Definition des Statistischen Landesamtes zu dem Begriff »Migrationshintergrund« interessant.

Nach dieser haben ca. 26 Prozent der Deutschen Bürger*innen einen Migrationshintergrund. Wie viele Schüler*innen in Deutschland im Durchschnitt einen Migrationshintergrund haben, ist nicht genau verifiziert. Es dürften gemäß dieser Definition möglicherweise

40 Prozent sein, was jedoch hinsichtlich der schulischen Einzugsgebiete natürlich von Schule zu Schule variiert. Das gleiche Phänomen trifft sicherlich auch auf die frühkindlichen Bildungseinrichtungen zu.

Für Kinder und Jugendliche in diesem Umfeld ist es daher von immenser Bedeutung, ihre Lebenswirklichkeit innerhalb ihres Bildungskontextes wiederzufinden und Spiegelbilder zu erhalten.



Damit dieses geschieht, muss die Thematik des diskriminierungs- und rassistisch-kritischen Handelns, besser noch, einer diskriminierungs- und rassistisch-kritischen Haltung, eine Sensibilisierung, unabdingbar in dem frühkindlichen und schulischen Bildungssystem verankert sein. Hierzu sind einige Perspektiven zu beleuchten:

Vor allem der Leitung einer Bildungsinstitution muss bewusst sein, was eine diskriminierungs- und rassistisch-kritische Haltung beinhaltet, welche Bedeutung diese für die tägliche Arbeit hat und wie diese im Leitbild und damit im Tun nachhaltig implementiert werden kann. Eine eindeutige und bewusste Haltung einer Leitung unterstützt das pädagogische Personal und alle dort Beteiligten dabei, ebenfalls ein Bewusstsein für diesen Themenkomplex zu entwickeln.

Sicherlich sind die individuellen Herangehensweisen und Erfahrungsschätze einer jeden Person sehr unterschiedlich. Verfügt ein*e Erzieher*in bzw. eine Lehrkraft möglicherweise selbst über eine internationale Biografie, hat diese

Florence Brokowski-Shekete ist Schulamtsdirektorin an einem Staatlichen Schulamt in Baden-Württemberg, Lehrbeauftragte an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und Autorin. 2020 veröffentlichte sie ihre Autobiografie »Mist, die versteht mich ja!«, im Herbst 2022 erscheint ihr zweites Buch. Seit Februar 2022 bringt sie gemeinsam mit der Journalistin Marion Kuchenny den wöchentlichen Podcast »SchwarzWeiss – Der ›Geht's nicht auch anders?‹-Podcast« heraus.



Brokowski-Shekete kann für Lesungen, Gespräche oder Podiumsrunden im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Foto: Tanja Valérien-Glowacz

Kontakt: f.brokowski-shekete@fbs-icc.com

höchstwahrscheinlich eine andere persönliche Beziehung zu der Thematik als jemand ohne persönlichen Bezug.

Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Tatsache, dass jede Person mit einer internationalen Biografie hier eine ausgeprägte Expertise besitzt oder sich aufgrund der eigenen Erfahrungen als Expert*in zeigen möchte. Um hier eine Sensibilisierung für die Thematik zu erreichen, ist es ratsam, eine ausgeprägte und thematisch wertvolle Expertise von außen einzuholen, ohne die Erfahrungen aller Beteiligten außer Acht zu lassen.

Diskriminierungs- und rassistisch-kritische Pädagogik muss zudem ein fester und regelmäßiger Bestandteil der Ausbildung und des Studiums der Lehramtsanwärter*innen sein. Auch muss sie in der Vorbereitungs- sowie der gesamten Dienstzeit eine wichtige Rolle spielen. Diese Professionalisierung kann in Form von Seminaren, Reflexionen und Supervisionen und mit professioneller Begleitung erfolgen. Das Motto: »Das ist wie Fahrrad fahren, das verlernt man nicht«, gilt in diesem Zusammenhang nicht.

Darüber hinaus ist stets zu verdeutlichen, dass dieses Thema nicht das Thema einer einzelnen Person ist, die sich bereit erklärt, sich diesem zu nähern und sich dessen anzunehmen, sondern es betrifft alle in der Bildungsinstitution Beteiligten. Ebenso wenig ist es Inhalt eines einzelnen Faches, sondern eine fächerübergreifende Aufgabe. Außerdem kann man es mit diesem Thema nie »zu genau« nehmen.

Auch in Bezug auf die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen können Unterstützungssysteme von außen, z. B. Antidiskriminierungsbüros oder andere Programme angesprochen und eingeladen werden. Denn auch Kinder und Jugendliche sind aufgrund ihrer eigenen Biografie nicht unweigerlich Expert*innen für diese Themen oder möchten

»Dass eine diskriminierungs- und rassistisch-kritische Pädagogik essenziell ist, steht außer Frage. Ihr ist eine Wichtigkeit und höchste Priorität beizumessen.«

auch nicht Mittelpunkt einer Problemanalyse sein oder werden. Das Lernen am »lebenden Objekt« wäre hier unangebracht.

Im Fokus sollte auch das Unterrichtsmaterial stehen, das weder, wenn auch unbeabsichtigt, diskriminierende Reproduktionen jedweder Art beinhalten darf, noch diese hervorrufen sollte.

Außerdem darf die Elternarbeit nicht vergessen werden. Eltern und Erziehungsberechtigte mit nicht deutscher Alltagssprache und oder internationalen Biografien, scheuen sich oftmals, aktiv an der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft im Rahmen der frühkindlichen und schulischen Bildung ihrer Kinder und Jugendlichen teilzunehmen. Und dieses nicht aus mangelndem Interesse, sondern aus Unsicherheit aufgrund von Sprachbarrieren und unterschiedlichen kulturellen Identitäten. Diesen Unsicherheiten gilt es, gemeinsam entgegenzuwirken.

Dass eine diskriminierungs- und rassistisch-kritische Pädagogik essenziell ist, steht außer Frage. Ihr ist eine Wichtigkeit und höchste Priorität beizumessen. Gelingende Voraussetzungen hierfür sind gegenseitige Offenheit, Wertschätzung, Respekt und Achtsamkeit. ❖



INTERKULTURELLER JUGENDBEIRAT – ERFOLGE UND STOLPERSTEINE

Ein Beispiel aus Kehl zeigt, wie Empowerment in der Praxis funktionieren kann



Das Demokratieprojekt »Gemeinsam Stark« war der Startpunkt des Experiments. Dazu gehörte auch ein Besuch in der Bundeshauptstadt Berlin.
Foto: Jugendmigrationsdienst Ortenaukreis-Kehl

Felix Neumann

Wie können junge Menschen mit Migrationsgeschichte in die Lage versetzt werden, ihre Interessen selbstbestimmt, eigenmächtig und wirksam zu vertreten? Was fördert nachhaltig ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe. Mit dem Begriff »Empowerment« werden Maßnahmen und Strategien bezeichnet, die genau das erreichen wollen. Wir werfen den Blick auf ein Beispiel für gelingende Partizipation in der deutsch-französi-

schen Grenzstadt Kehl in Baden-Württemberg.

EINE MULTIKULTI-STADT OHNE INTEGRATIONS-RAT

Kehl ist eine bunte Stadt: Rund 40 Prozent der Bevölkerung haben Migrationshintergrund, 24 Prozent haben einen ausländischen Pass, 1500 geflüchtete Menschen leben in der Stadt mit 37.000 Einwohner*innen. Was Kehl von





Adel Alchawa (23), gebürtig aus Syrien: Wir hatten schon zuvor viel zu Politik gemacht, waren im Bundestag, im Landtag in Stuttgart und in Talks mit wichtigen Leuten, auch der AfD. Das wurde mit dem Beirat dann noch spannender. Noch bis heute profitiere ich in meinem Logistikmanagement-Studium davon. Ich gehe viel offener an Leute heran, traue mir was zu und weiß viel über Deutschland.

den Nachbarstädten Lahr und Offenburg unterscheidet: Einen Integrationsrat als Beratungsinstanz für den Gemeinderat gibt es nicht. Ein interkultureller Jugendbeirat hat damit doppelte Relevanz: gesteigerte Mitsprache junger Migrant*innen und Modell für einen zukünftigen Integrationsrat. Die Möglichkeit, ein solches Gremium einzurichten, haben Kommunen und Landkreise in Baden-Württemberg seit 2015. Das Experiment startete das Diakonische Werk Ortenau 2019 mit dem Demokratieprojekt »Gemeinsam

Stark«. Die Teilhabe junger Menschen mit Migrationsgeschichte sollte auf ein neues Level gebracht werden.

DER INTERKULTURELLE JUGENDBEIRAT IN KEHL LEGT LOS

Zwölf junge Menschen starten im Januar 2020 mit Beiratsausweisen, gemeinsamer Satzung und dem Opening-Event »Tacos gegen Rassismus«. Ihre Wurzeln liegen in Syrien, der Türkei, Tunesien, dem Irak, Indien oder in Osteuropa. Sie haben Ideen und wollen mitgestalten. Zwei Personen übernehmen die Rolle der Social Media-Manager*innen und bauen die Instagramseite *Gemeinsam_Stark_Ortenau* mit auf. Dafür erhalten sie einen Crashkurs zu Datenschutz und unterschreiben eine Vereinbarung. Trotz Corona-Pandemie werden Talks, Workshops und Videodrehs zu Rassismus umgesetzt. Zu den Bundestags- und den baden-württembergischen Landtagswahlen 2021 werden öffentliche Kandidatentalks veranstaltet, die die jungen Beirat*innen

moderieren oder als Podiumsgäste bestreiten. Sie diskutieren mit Abgeordnete ihre Forderungen zu Integration, Schule, Umwelt und LGBTIQ. Sie übernehmen Verantwortung und wachsen mit der Aufgabe. Die Angst, etwas nicht zu können oder zu versagen ist unter den Teilnehmer*innen anfangs groß.

Noor Halitim (20): Ich habe den Talk mit dem Abgeordneten Willi Stächele (CDU) wenige Tage vor der Landtagswahl moderiert. Ich war ganz schön aufgeregt. Es ging um Schule, Ausbildung, unsere Stadt und unser Land. Das hat mich auch für meine Ausbildung als Automobilkauffrau gestärkt.

DAS PROJEKT ERFORDERT ANPASSUNGEN

Nach über zwei Jahren Jugendbeirat zeichnet sich ab: Das Experiment verlangt Flexibilität und Anpassungen. Für die jungen Menschen bleibt es ein



Foto: stock.adobe.com/REDPIXEL

Checkliste für Interkulturelle Jugendbeiräte

- Kultursensibles Team zur Begleitung
- Eingegrenzte Altersspanne (z.B. 16 - 20 J.) versus altersoffen (z.B. 12 - 27 J.)
- Ernennung versus Wahl der Beirat*innen
- gemeinsame Satzung mit allen Unterschriften
- Beiratsausweise oder Konzept der offenen Mitwirkung
- Formen der Wertschätzung: Sitzungsgeld, jährliche Ausflüge, Verpflegung, Sichtbarkeit auf Social Media, Vernetzung, prominente Gesprächspartner*innen
- Kooperation mit Jugendgemeinderat*innen und Kontakt mit Gemeinderat*innen
- Patin und Pate aus Politik (z.B. Abgeordnete, Landrätin/Landrat) zum Projektstart
- Echte Partizipation im Kontakt mit der Politik ermöglichen

»Events für junge Menschen, ein Mix der Kulturen und ein selbstverständliches Miteinander sind gefragt.«

Ehrenamt mit all seinen Herausforderungen. Es gibt Fluktuation in der Besetzung, Beiratssitzungen dauern lange, und einige junge Menschen verlieren das Interesse – bedingt auch durch große Unterschiede hinsichtlich ihrer Sprachkenntnisse und Vorstellungen. Einzelne Beirat*innen berichten nach einiger Zeit, dass ihr Umfeld ihr Engagement »etwas komisch« findet und ziehen sich zurück. Es bedarf der Flexibilität in einer sich stetig wandelnden Besetzung. Gleichzeitig wächst die Identifikation mit dem Projekt. Junge Menschen gestalten mit und erfahren Wertschätzung, unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe.

Anton Umhey (23), Student:

2019 haben wir uns zusammengesetzt und gesagt: Wir wollen eine neue Plattform für junge Menschen in Kehl. Zur Vernetzung, für frische Ideen, für mehr Miteinander. Auch daraus ist »Gemeinsam Stark« und der Beirat entstanden. Und hat seitdem super spannende Dinge auf den Weg gebracht.

DIVERSITY BETRIFFT AUCH BIODEUTSCHE

Auch junge Menschen ohne Migrationsgeschichte zeigen zunehmend Interesse an den Teilhabeformaten, was sich als Gewinn herausstellt. Integration, Demokratie und Diversity sind vielen jungen Menschen ein Anliegen.

Die Teilnehmer*innen stärken sich gegenseitig und bleiben nicht unter sich. 2022 ist die Zeit von »Angeboten für Geflüchtete« vorbei. Das Label passt nicht mehr. »Events für junge Menschen«, ein Mix der Kulturen und ein selbstverständliches Miteinander sind gefragt.

ENGAGEMENT BEDARF DER WERTSCHÄTZUNG

Je länger Menschen sich engagieren, desto stärker stellt sich die Frage: Was bringt mir das Engagement? Wesentlich für die Arbeit in Kehl ist die Attraktivität der umgesetzten Aktionen. Der Beirat gewann Fußballnationalspieler Armin Abrashi, den EU-

Abgeordneten Michael Bloss oder HipHop-Musiker Mela Nero zur Mitwirkung in Talks. Im März 2022 wurden besonders engagierte Beirat*innen mit einer Fahrt nach Berlin belohnt. Auch die Sichtbarkeit auf Social Media sehen junge Menschen als Plus. Angemessene Formen der Wertschätzung sind elementare Voraussetzung für ein dauerhaftes Engagement. ❖

Felix Neumann (38) setzt seit 2013 integrative Formate der Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg um. Seit 2019 begleitet er im



Jugendmigrationsdienst (JMD) in Kehl einen multikulturellen Jugendbeirat. Im zweiten Beruf ist er HipHop-Musiker bei »Zweierpasch«.

Foto: Till Neumann

Kontakt: felix.neumann@diakonie.ekiba.de | Instagram: felix_zweierpasch

Weitere Infos zum Projekt: linktr.ee/Gemeinsam_Stark



Weitere Texte zum Thema »Orte der Vielfalt« finden Sie auf unserer Homepage

- Der Sinti Power Club leistet Aufklärungsarbeit und stärkt die Angehörigen einer immer noch stark benachteiligten Minderheit | Natalie Reinhardt
- Neue Perspektiven beim Blick auf das eigene Viertel: Das Projekt Kiez:Story | Fatma Sayan

www.interkulturellewoche.de/themen



FÜR NEUE WEGE BRAUCHT ES MUT

Eine Predigt zum Motto der Interkulturellen Woche #offengeht

Konstantin von Abendroth

Der Predigttext ist Apostelgeschichte 10. Ein langer Text, der auch in Auszügen bereits gut verständlich ist. Die zitierten Verse stammen aus der Einheitsübersetzung.

Das Miteinander verschiedener Prägungen ist auch eine Aufgabe, teilweise sogar eine schwere Aufgabe. Wäre es ein Selbstläufer und würde überall, auch in uns selbst, nur auf Vorfriede und Glück stoßen, bräuchten wir weder die Interkulturelle Woche noch diese Predigt. Doch unser Bibeltext bringt eine ermutigende Perspektive. Es ist die Perspektive eines Mannes, der neue Wege einschlägt und dafür mutige Schritte geht. Um nicht von dem bekannten Namen des Apostel Petrus abgelenkt zu werden und um uns selbst in dieser Ge-

schichte wiederzufinden, soll der Text mit folgenden umschreibenden Worten wiedergegeben werden.

Der Mensch, um dessen mutige Schritte es geht, war grundsätzlich religiös. Spiritualität war in seiner Biografie nichts Unbekanntes, war sogar früher mal sehr intensiv erlebt worden. Aktuell war der Glaube allerdings eher eine gewisse Routine. Das kann auch an den Urlaubsgefühlen liegen. Er war gerade in einem Haus am Mittelmeer, nicht weit von Tel Aviv entfernt. Im Urlaub nimmt man ja manchmal von allem Abstand, was einem sonst im Leben wichtig ist. Diese Person bekam plötzlich einen Impuls, einen seltsam klaren Gedanken, als wäre es ein Traum mitten am Tag. So unerwartet und plötzlich dieser Gedanke auch da war, so erschrocken deutlich wusste sie, dass es von Gott kam. Mit so einem spürbaren religiösen Eindruck hatte sie schon lange nicht mehr gerechnet. Aber es fühlte sich echt an.

Dieser Impuls beinhaltete die Aufforderung zu einem neuen Schritt. Eine Ermutigung, sich aufzumachen. Aktiv zu werden. Und dann ging es in Richtung von Menschen, die ihr fremd waren, die anders und teilweise sogar feindselig waren. Menschen mit anderer Weltanschauung, anderem Umgang, anderer Prägung. Für diese Begegnungen brauchte er Mut. Das war kein einfacher Weg. Doch am Ende

dieses Weges standen nicht nur neue Bekanntschaften, sondern der eigene Horizont, sogar der Glaube und, ja, das ganze Leben hatte eine erfrischende Perspektive gewonnen.

PETRUS MUSS VORBEHALTE UND SKEPSIS ÜBERWINDEN

Kommt uns der Bibeltext mit dieser Umschreibung näher? Drei Aspekte kann man hier besonders hervorheben. Zuerst kann man ganz grundsätzlich sagen: Wenn Gott auffordert, geht es immer in Richtung Liebe und Annahme anderer Menschen. Das wunderbare Bild des Petrus macht es sehr konkret. In der Glaubens- und Lebenswelt des Petrus heißt dieses Bild, dass er, um liebevolle neue Wege einzuschlagen, seine Vorbehalte und seine Skepsis überwinden muss. Und er schafft das. Er geht diese neuen Wege. Er folgt der Einladung des Hauptmanns der ausländischen feindlichen Besatzungsmacht und spricht dort die bekannt geworde-

»Wenn Gott auffordert, geht es immer in Richtung Liebe und Annahme anderer Menschen.«

Konstantin von Abendroth ist Pastor und Beauftragter am Sitz der Bundesregierung für die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). Außerdem ist er Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche. Foto: privat



Kontakt: beauftragter@vef.de



LITURGISCHE TEXTE

MEDITATION: WENN GOTT ZU BESUCH KOMMT

wenn gott zu besuch kommt
meldet sie sich nicht
beim einwohnermeldeamt
füllt er keinen fragebogen aus
zeigt sie keinen ausweis
er bleibt anonym
damit wir vor ihm
nicht erschrecken oder
in die knie gehen
sondern bei der arbeit bleiben
der täglichen
uns nicht stören lassen
beim betten der kranken
dem füttern der gelähmten
dem umarmen der kinder
wenn gott zu besuch kommt kniet sie vor uns nieder
in hilfloser gestalt

Wilhelm Bruners. In: Ders.: Niemandsland Gott.
Gedichte und Meditationen. Innsbruck 2015, 46.

JAHRESLOSUNG 2022

Jesus Christus spricht: »Wer zu mir kommt,
den werde ich nicht abweisen«
Joh 6,37-40, BasisBibel



United4Rescue hat liturgische Bausteine zum Flüchtlingsschutz auf der Grundlage der Jahreslosung herausgegeben. Diese finden Sie zusammen mit weiteren kirchlichen Materialien zum Thema Flucht hier:

<https://united4rescue.org/de/downloads/>

GEBET: MIT MENSCHEN UNTERWEGS

Jesus, unser Lebensweg ist lang und schwierig. Wir können diesen Weg nicht alleine machen; wir müssen zusammen unterwegs sein. Du hast uns einen Helfer verheißen, Deinen Geist. Hilf uns, Deinen Geist wahrzunehmen, in denen die mit uns unterwegs sind:

In der Flüchtlingsfamilie, die Sicherheit sucht, lass uns sehen Deinen Geist.

In der migrantischen Arbeiterin, die uns Nahrung auf unsere Tische bringt, lass uns sehen Deinen Geist.

Im Asylbewerber, der Gerechtigkeit für sich und seine Familie sucht, lass uns sehen Deinen Geist.

Im Kind, das ohne Begleitung durch die Welt reist, lass uns sehen Deinen Geist.

Lass uns erkennen, dass Du mitten unter uns bist, wenn wir miteinander unterwegs sind.

Lass uns nicht nur die Fremden willkommen heißen, sondern auch ihre Gaben, die sie mitbringen:

Einladung zur Umkehr, Gemeinschaft und Solidarität.

Das ist die Hilfe, die Du gesandt hast. Wir sind nicht allein auf unserem Weg. Dafür danken wir Dir.

Gebet des Jesuitenflüchtlingsdienstes. In: Hock, Gundikar. Ergriffen von Feuer. Gebete aus dem Geist der Exerzitien. Würzburg 2006, 87.

Weitere Bausteine für Gottesdienste im Rahmen der Interkulturellen Woche finden Sie hier:

www.interkulturellewoche.de/goodpractice



DANKGEBETE UND FÜRBITTEN

Schöpfergott, wir verneigen uns in demütiger Anbetung Deiner großen Kraft und Deiner ständigen Gegenwart.

Wir feiern, dass Du alle Menschen und Völker nach Deinem Ebenbild geschaffen hast.

Wir danken Dir.

Jesus Christus, unser Erlöser und Herr, wir danken Dir, dass Du mit Deinem Tod am Kreuz die Menschheit erlöst und all denen Freiheit gebracht hast, die in irgendeiner Weise unterdrückt werden.

Wir danken Dir.

Heiliger Geist, wir danken Dir dafür, wie Du uns heute rassistischer Diskriminierung, Ungerechtigkeit und Hass überführst und uns zu Dienern der Versöhnung machst, Brücken baust und Wunden heilst.

Wir danken Dir.

Wir sind dankbar, dass Du uns, Dein Volk, jeden Tag in die Lage versetzt, unseren rechtmäßigen Platz in Deiner Schöpfung zu erkennen.

Wir danken den Menschen überall, die den Kampf für Frieden weiterführen für diejenigen, die aufgrund ihrer ethnischen Identität ständig diskriminiert werden.

Wir danken Dir.

Wir danken Dir, dass Frauen und Männer im Kampf gegen rassistische

Diskriminierung Deinem Ruf und Deiner Berufung gefolgt sind und einen positiven Beitrag geleistet haben und versuchen, den Zustand der Menschheit durch ihre Talente, Fähigkeiten und Ideen zu verbessern.

Wir danken Dir.

Gnädiger Gott, entgegen Deinem göttlichen Plan ist der Rassismus nach wie vor überall zu finden und spaltet uns.

An vielen Orten werden so viele Menschen nach wie vor aufgrund ihrer Hautfarbe als minderwertig angesehen und behandelt.

Wir beten, dass Deine befreiende Macht uns von Rassismus befreit.

Erhöre uns, oh Herr, und erbarme Dich.

Liebender Gott, heute erinnern wir uns an unsere Brüder und Schwestern überall auf der Welt, die unter rassistischen Strukturen leiden, diesem Erbe der Doktrin der Entdeckung und des Kolonialismus.

Wir beten für diejenigen, die aufgrund ihrer Hautfarbe ausgebeutet, manipuliert und diskriminiert werden.

Erhöre uns, oh Herr, und erbarme Dich.

Gott der Unterdrückten, wir rufen Dich an, auf dass Du politische und gesellschaftliche Strukturen veränderst, die Dein Volk entmenschlichen. Mögen

die Führungskräfte aller Länder durch Deinen Heiligen Geist angeleitet werden, damit alle Entscheidungen, die getroffen werden, dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Erhöre uns, oh Herr, und erbarme Dich.

Befreiender Gott, wir erheben vor Dir diejenigen, die unter einer schmerzvollen afrikanischen Geschichte der Sklaverei gelitten haben. Oh Herr, entferne die Narben und die Denkwirkung des Kolonialismus und des Imperialismus. Setze in ihnen die Kraft frei, ihr Potenzial zu entfalten und ihnen zu ermöglichen, einander solidarisch beizustehen, denn gemeinsam arbeiten wir alle daran, rassistische Diskriminierung zu beenden, wo immer sie existiert.

Erhöre uns, oh Herr, und erbarme Dich.

Wir beten, dass der Heilige Geist uns den Mut gibt, uns unseren eigenen Vorurteilen zu stellen und uns die Augen öffnet, dass wir unsere eigenen Privilegien erkennen, und uns befähigt, eine gerechte Gemeinschaft von Schwestern und Brüdern zu errichten, die sich durch geschätzte Vielfalt, gegenseitigen Respekt und Wertschätzung auszeichnet.

World Council of Churches: Ökumenisches Gebet anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Rassendiskriminierung, 21. März 2021

SEGEN

Möge Gott, die Ewige und Barmherzige, alle jene behüten, die sich nach Sicherheit sehnen. Möge Gott ihnen die Hand entgegenstrecken, um sie aus den Fluten von Angst und Not zu ziehen. Möge Gott hell und warm um uns leuchten mit ihrer Kraft, ihrer Weisheit und ihrem Segen. Amen.

Thorsten Leißer, Pfarrer



Mit dem Gemeinsamen Wort »Migration menschenwürdig gestalten« blicken die Kirchen auf die komplexe Realität gegenwärtiger Migrations- und Fluchtbewegungen.

Auf Grundlage biblisch-theologischer Einsichten, sozial-ethischer Reflexionen und kirchlicher Erfahrungen gibt das Gemeinsame Wort Orientierung, wie unter unvollkommenen Bedingungen Migration menschenwürdig gestaltet werden kann.

Es will dazu beitragen, dass angemessene Antworten auf die Anliegen von Migrant*innen und Schutzsuchenden gefunden und die Anforderungen an eine Einwanderungsgesellschaft mehr und mehr eingelöst werden.



»DAS SOLIDARISCHE HANDELN STEHT BEI BEIDEN AKTIONSWOCHEN IM MITTELPUNKT«

In Ingelheim findet seit 2014 die »Faire Interkulturelle Woche« statt – Dr. Dominique Gillebeert von der Stadtverwaltung erklärt, wie es dazu kam

Steffen Blatt

Das Thema Nachhaltigkeit spielt auch im Rahmen der Interkulturellen Woche eine immer größere Rolle. Im rheinland-pfälzischen Ingelheim ist das seit Jahren schon eine Selbstverständlichkeit, denn dort finden zwei bundesweite Aktionswochen zusammen statt: Die IKW und die Faire Woche, die sich für fairen Handel und Menschenrechte weltweit einsetzt. Diese Verbindung wird nach außen auch im Titel deutlich: Faire Interkulturelle Woche. Dr. Dominique Gillebeert

Foto: Stadtverwaltung Ingelheim



koordiniert als Leiterin der Stabsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit der Ingelheimer Stadtverwaltung die Veranstaltung. Im Interview berichtet sie, wie es zu der Verbindung kam, was die Vorteile sind und welche Tipps sie für Organisierende der IKW hat, die Ähnliches vorhaben.

Wie lange gibt es die Faire Interkulturelle Woche in Ingelheim schon?

Die Faire Interkulturelle Woche findet in Ingelheim 2022 bereits zum vierten Mal als Verbindung beider Aktionswochen statt. Wir veranstalten sie seit 2014 im jährlichen Wechsel mit dem Freundschaftsfest IngelHEIMAT. Die jüngste Faire Interkulturelle Woche hat im Jahr 2020 stattgefunden.

Wie viele Veranstaltungen haben Sie 2021 organisiert und wie viele Vereine, Institutionen und Gruppen waren beteiligt?

Während der Aktionswoche vom 12. bis 20. September 2020 gab es insgesamt sieben Dauerangebote und 18 Einzelveranstaltungen. An den Veranstaltungen waren insgesamt zwölf Gruppen beteiligt, wobei einige Veranstaltungen auch als Kooperationen zwischen verschiedenen dieser Gruppen stattfanden, und aus einigen wiederum mehrere Untergruppen Veranstaltungen angeboten haben. Normalerweise sind über 40 Kooperationspartner*innen an der fairen interkulturellen Woche beteiligt, aufgrund der Corona-Pandemie gab es 2020 etwas weniger Angebote.

Wie kam es zur Verbindung zwischen Fairer und Interkultureller Woche? Gab es einen speziellen Anlass?

In Ingelheim freuen wir uns über ein großes Engagement vonseiten lokaler Initiativen, Vereine, Gruppen und Bürger*innen. Dementsprechend ist hier immer etwas los – um dabei allen Themen gerecht zu werden, haben wir die beiden Aktionswochen mit Potenzial zu Überschneidungen zusammengelegt. So werden beide Themenbereiche behandelt, ohne dabei terminlich anderen Veranstaltungen die Aufmerksamkeit zu stehlen. Darüber hinaus haben wir bei der Fortschreibung unseres kommunalen Integrationskonzeptes festgestellt, dass es viele Synergien und inhaltliche Überschneidungen gibt, die wir besser nutzen wollen.

Was sind die Vorteile dieser Verbindung?

Durch die Verbindung der beiden Aktionswochen können wir die Verflechtung der Themen aufzeigen: Das solidarische Handeln steht bei beiden im Mittelpunkt. Wir gehen der Frage nach, was wir für ein gutes Leben brauchen und wie wir dazu beitragen können, dass möglichst alle Menschen ein gutes Leben führen können. Sowohl





Bunt geht es zu bei der Fairen Interkulturellen Woche im rheinland-pfälzischen Ingelheim.

Foto: Stadtverwaltung Ingelheim

Fairer Handel als auch Vielfalt rufen uns auf zu handeln, sodass die Vielfalts-gesellschaft stark und solidarisch sein kann und auch in einer Krise niemand zurückgelassen wird – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Gerade in einer mittelgroßen Kommune wie Ingelheim mit etwa 36.000 Einwohner*innen ist das Zielpublikum begrenzt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wir so insgesamt mehr Menschen für beide Themen erreichen, als dies einzeln der Fall wäre. Und da es viele inhaltliche Überschneidungen gibt, zum Beispiel migrantische Selbstorganisationen als Akteure in beiden Themenfeldern, können wir so auch organisatorischen Überschneidungen vorgreifen. So muss sich etwa ein ehrenamtlich geführter Verein nicht wegen Ressourcenknappheit entscheiden, in welche der beiden Veranstaltungen er sich einbringt.

Steffen Blatt ist Politologe, Journalist und arbeitet als Referent für Öffentlichkeits-



arbeit in der Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: s.blatt@interkulturellewoche.de

Bleiben die beiden Initiativen auch für sich sichtbar genug?

Wir versuchen, beiden Themenfeldern gleichermaßen gerecht zu werden. Indem allerdings die Aktionswoche bei uns stark von Veranstaltungen aus den lokalen Gruppen geprägt ist, ist auch die Programmgestaltung davon abhängig, welchen Fokus die Gruppen selbst setzen. Dieses Jahr haben wir erstmals hauptamtliche Vertretungen für beide Themenbereiche im Vorbereitungsteam, sodass wir etwaige ungleiche Verhältnisse mit eigenen Aktionen ausgleichen können.

Welche besonderen Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer »Woche«?

Beide Aktionswochen stehen jeweils unter einem Motto. Wir versuchen dabei, sowohl die jeweils einzelnen Kernbotschaften zu übermitteln, als auch die Gemeinsamkeit daraus in den Fokus zu stellen. Im Jahr 2020 war das Motto der Interkulturellen Woche »Zusammen leben – zusammen wachsen!«, das Motto der Fairen Woche lautete »Fair statt mehr. #FairHandeln für ein gutes Leben«. Die Verbindung aus beiden Aktionswochen ist dabei der Fokus auf solidarisches Handeln und mutiges Eintreten gegen Menschenverachtung,

Rassismus, gegen Diffamierung und Ausgrenzung – hier und überall auf der Welt.

Welche Tipps haben Sie für Organisierte der IKW, welche die Themen Fairer Handel und Nachhaltigkeit stärker betonen möchten?

Traut euch! Die Themen beider Aktionswochen bieten immer Überschneidungen an, die die Möglichkeit eröffnen, die konkreten Botschaften einem breiten Publikum zu übermitteln. So können gleichzeitig neue Bündnisse mit Kooperationspartnern aus beiden Bereichen geschlossen werden, sodass vor Ort ein großes Netzwerk für die (lokale und globale) Solidarität entstehen kann. Dabei darf man sich jedoch nicht übernehmen: Lieber in kleinen Schritten dem Ziel näherkommen, daraus lernen und in der Zukunft kontinuierlich darauf aufbauen. Uns hat die Verbindung beider Themen bisher nur vorangebracht! ❖





WEIL BEGEGNUNGEN SO WICHTIG SIND

Die Interkulturelle Woche geht in ihr drittes Corona-Jahr – Veranstalter haben viele Ressourcen für ihre Planung

»Die Interkulturelle Woche 2020 findet statt« – mit diesen Worten machten wir vor zwei Jahren deutlich, dass unsere Aktionswoche trotz Corona-Pandemie nicht ausfallen darf. Denn sie ist immens wichtig – gerade in Zeiten, in denen persönliche Kontakte zurückgefahren werden müssen. Die Interkulturelle Woche 2020 hat stattgefunden. Mit viel Engagement und Kreativität haben die Veranstalter in ganz Deutschland Wege gefunden, Begegnungen zu ermöglichen: im digitalen Raum, aber auch in Präsenz, meistens draußen und mit Abstand.

Im vergangenen Jahr war die Ausgangssituation ähnlich – auf einen (gefühl) fast corona-freien Sommer folgte im Herbst die nächste Welle. Dieses Mal waren die Aktiven der IKW aber noch besser vorbereitet: In der Rückschau war die Zahl der Veranstaltungen fast wieder auf Vor-Corona-Niveau – eine großartige Entwicklung!

Nun geht die Interkulturelle Woche in ihr drittes Corona-Jahr, und wieder wissen wir nicht genau, was uns im Herbst erwartet: Bleiben die derzeitigen Lockerungen bestehen? Wird wieder alles an Aktionen und Veranstaltungen möglich sein? Und selbst wenn: Soll man dann wieder große Feste feiern, Säle füllen, auf Masken verzichten? Das müssen am Ende die Veranstalter vor Ort individuell entscheiden, mit Augenmaß und natürlich mit Blick auf die geltenden Corona-Regelungen, die regional durchaus unterschiedlich sein können.

Die Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche unterstützt dabei alle Organisierenden mit Rat, Tat und Materialien, Einsteiger wie Fortgeschrittene. Auf dieser Seite stellen wir einige der Ressourcen vor, auf die zurückgegriffen werden kann:

Die Motive zur Interkulturellen Woche 2022 sind seit März zum Download auf www.interkulturellewoche.de erhältlich. Seit Anfang Mai können auch die gedruckten Materialien – Heft, Plakate, Postkarten und der Materialumschlag mit zusätzlichen Informationen zum »Tag des Flüchtlings«, der am 2. September im Rahmen der IKW stattfindet, bestellt werden. Der Versand beginnt mit der Veröffentlichung dieses Heftes. Das diesjährige Aktionsplakat »Schubladen aufdecken« stellen wir online auch in einer Variante mit Weißraum für eine individuelle Gestaltung zur Verfügung. Zudem sind das »IKW-Auge« und das Motto als transparente Dateien erhältlich, außerdem der blaue Hintergrund. Mit diesen Elementen können Plakate, Programmhefte und -flyer noch freier gestaltet werden.

Das Gemeinsame Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2022, das in diesem Materialheft abgedruckt ist, enthält starke Aussagen zu Themen, die für die IKW relevant sind. Der Text kann ebenfalls für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, das Gemeinsame Wort kann auf unserer Homepage als Datei heruntergeladen werden.

Good Practice. Die meisten Organisierenden der IKW sind bereits mitten in den Planungen. Anregungen für Veranstaltungen, Aktionen und Gottesdienste gibt es in der Rubrik **Good Practice** – zum Beispiel eine Kreativaktion, bei der Parkplätze mal ganz anders genutzt werden, ein Film mit anschließender Diskussion, ein Straßentheater oder ein Gottesdienst zum »Tag des Flüchtlings«. Es lohnt sich, hier regelmäßig vorbeizuschauen; die Rubrik wird laufend mit neuen Beispielen ergänzt.





© www.wigwam.im / Illustration: Annika Huskamp

In der Rubrik »Good Practice« auf der IKW-Homepage sind gelungene Aktionen und Veranstaltungen dokumentiert. Außerdem sind Gottesdienstbausteine, Filme, Bücher oder Theaterstücke zu finden, die eine Interkulturelle Woche bereichern können. Collage: ÖVA



Sie planen zum ersten Mal eine Interkulturelle Woche?

Dann herzlich willkommen im Club von rund 500 Städten und Gemeinden, die im Herbst die vielfältige Gesellschaft feiern, sich für Menschenrechte, Frieden und ein gutes Zusammenleben einsetzen. Neben dem Download-Bereich und der Good Practice-Rubrik gibt es auf unserer Homepage noch weitere Ressourcen, die Sie für die Planung und Organisation Ihrer IKW nutzen können: Bei den **Fragen und Antworten** finden Sie wichtige Hinweise für »Einsteiger*innen« (und auch für Fortgeschrittene): An wen richtet sich die Interkulturelle Woche eigentlich? Und was brauche ich, um eine Interkulturelle Woche in meiner Gemeinde anzustoßen? In der Rubrik **IKW vor Ort** haben wir Fragen und Themen rund um die IKW aufbereitet, und im Menü **Über uns** finden Sie Informationen über die Struktur der Interkulturellen Woche und ihre Geschichte.

Unsere Hashtags: #offengeht und #ikw2022. Wenn Sie auf Facebook, Twitter, Instagram oder anderen Sozialen Medien über die Interkulturelle Woche posten, nutzen Sie bitte die Hashtags **#offengeht** und **#ikw2022**. Ziel ist es, dass möglichst viele Posts unter diesen Stichworten veröffentlicht werden, um damit überregional Aufmerksamkeit für die Interkulturelle Woche zu schaffen. Der Hashtag ist so etwas wie ein Inhaltsverzeichnis – wer darauf klickt, sieht alle Beiträge, die mit dem #-Symbol und dem entsprechenden Stichwort gekennzeichnet sind.

Auf unseren Motiven ist das Motto nicht wie bei Hashtags üblich zusammengeschrieben, was vereinzelt zu Rückfragen geführt hat. Die Darstellung hat aber rein ästhetische Gründe.

Für alle Organisierenden gilt natürlich: Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne direkt an die Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses wenden. Sie ist erreichbar unter Telefon **069 / 24 23 14 60** oder per E-Mail an **info@interkulturellewoche.de**.

Ihr Team in der Geschäftsstelle

Friederike Ekol
Geschäftsführerin

Steffen Blatt
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Nadja Schuppli-Herter
Kordinatorin Öffentlichkeitsarbeit

Carmen Macher
Buchhaltung, Finanzen



ZUSAMMEN ENGAGIERT: DIE »AKTIONSTAGE FÜR DIE MENSCHENWÜRDE«

In Deutschland engagieren sich tausende Menschen mit einer großen Vielfalt an Aktionstagen und -Wochen meist ehrenamtlich für ein friedliches Miteinander. Sie bemühen sich um die Gestaltung einer menschenfreundlichen und solidarischen Gesellschaft und treten ein gegen Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze. Im Arbeitskreis »Aktionswochen für die Menschenwürde« haben sich Initiativen zusammengeschlossen, die insgesamt pro Jahr über 10.000 Veranstaltungen organisieren. Auch die Interkulturelle Woche gehört zu diesem Netzwerk.



WAS | WANN | WO

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche (IKW)

DIE IKW 2022 IMMER NOCH IN ZEITEN DER PANDEMIE

Auch in diesem Jahr wissen wir im Moment nicht, wie die Corona-Rahmenbedingungen im September sein werden. Wir hoffen, dass Präsenzveranstaltungen möglich sein werden. Ideen für Formate, die auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen möglich sind, finden sie unter www.interkulturellewoche.de/ikw-vor-ort.

VERANSTALTUNGEN Wir veröffentlichen Ihre Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche (IKW) in einer Veranstaltungsdatenbank auf der Homepage www.interkulturellewoche.de. Die Programme können Sie dort selbst hochladen. Bitte senden Sie uns zusätzlich zu Dokumentationszwecken Ihre Programme weiterhin auch per Post zu: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, Postfach 160646, 60069 Frankfurt/Main.

NEWSLETTER Vier- bis fünfmal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir Sie mit aktuellen Meldungen und Terminen informieren sowie Materialien und Good Practice-Beispiele vorstellen. Registrieren Sie sich gerne kostenlos unter www.interkulturellewoche.de/newsletter und bleiben Sie auf dem neusten Stand.

GOOD-PRACTICE-RECHERCHE In der IKW gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2023 vorstellen. Seien Sie stolz auf Ihre Veranstaltungen und mailen Sie uns jederzeit gerne (Kurz-)Berichte über gute Projekte – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung an info@interkulturellewoche.de oder senden Sie uns Links zu digitalen Formaten. Wir übernehmen die redaktionelle Arbeit und sprechen die Texte mit Ihnen vor der Veröffentlichung ab.

BAUSTEINE FÜR GOTTESDIENSTE Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der IKW verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt wurden, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung – per Mail an info@interkulturellewoche.de oder schicken Sie uns Links zu digitalen Formaten.

UNSERE HASHTAGS:

#OFFENGEHT

#IKW2022

SOCIAL MEDIA Lassen Sie uns gemeinsam die Reichweite der IKW erhöhen: Posten, teilen und liken Sie Artikel zur IKW unter den Hashtags #offengeht und #ikw2022. Geben Sie uns einen Hinweis, wenn Sie etwas veröffentlichen, wir tragen Ihre Posts gerne weiter. Besuchen Sie uns auf [Facebook](https://www.facebook.com/interkulturellewoche), [Instagram](https://www.instagram.com/interkulturellewoche) und [Twitter](https://twitter.com/initiative_ikw).

INFORMATION ZUM TERMIN DER IKW

Früher galt die Regel: »Die IKW findet in der Regel vom Sonntag bis Samstag vor dem Erntedankfest statt.« Seit 2019 läuft die IKW immer von Sonntag bis Sonntag. Damit schließt sie auch den »Welttag des Migranten und Flüchtlings« ein, der von Papst Franziskus von Januar auf den letzten Sonntag im September verlegt wurde.

Auch zeigt sich mittlerweile, dass die meisten Interkulturellen Wochen Ende September beginnen, durchaus aber auch später starten und/oder länger als eine Woche dauern. Letztlich entscheidend für den Termin der IKW vor Ort ist die lokale Planbarkeit – auch wenn die IKW damit gelegentlich von dem vom ÖVA empfohlenen Termin abweicht. Das jeweilige Motto der kommenden IKW steht in der Regel spätestens Ende November fest.

TERMINE

2022

Sonntag, 25. September:
Bundesweiter Auftakt der IKW
in Heidelberg.

**Sonntag, 25. September,
bis Sonntag, 2. Oktober**
ist der empfohlene Termin für
die IKW 2022.

Freitag, 30. September:
Tag des Flüchtlings 2022.

2023

24. und 25. Februar 2023:
Nächste bundesweite Vorbereitungs-
tagung zur IKW.

**Sonntag, 24. September,
bis Sonntag, 1. Oktober**
ist der empfohlene Termin für
die IKW 2023.

Freitag, 29. September:
Tag des Flüchtlings 2023.



www.interkulturellewoche.de

[www.facebook.com/
interkulturellewoche](https://www.facebook.com/interkulturellewoche)

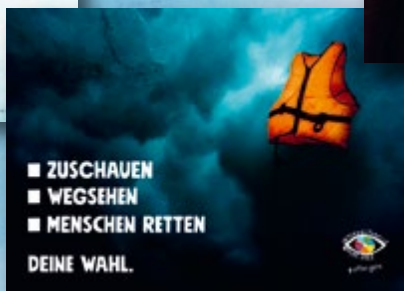
[www.instagram.com/
interkulturellewoche](https://www.instagram.com/interkulturellewoche)

www.twitter.com/initiative_ikw

info@interkulturellewoche.de



→ Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2022 können sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Dort finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.



→ Als Termin für die Interkulturelle Woche 2022 wird der 25. September bis 2. Oktober empfohlen

→ Freitag, 30. September 2022, ist der Tag des Flüchtlings.

Herausgeber

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main
Tel.: 069 / 24 23 14 60
Fax: 069 / 24 23 14 71

E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Internet: www.interkulturellewoche.de
Facebook: www.facebook.com/interkulturellewoche
Instagram: www.instagram.com/interkulturellewoche
Twitter: www.twitter.com/initiative_ikw

Vorstand:

- Vorsitzende: Dr. Beate Sträter, Schulreferentin, Bonn
- Stellvertretende Vorsitzende: Monika Schwenke, Abteilung Migration/Integration, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V.
- Stellvertretender Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim

Weitere Mitglieder

- Konstantin von Abendroth, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Berlin
- Dr. Emeka Ani, Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprachen, Raunheim
- Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland, Berlin
- Günter Burkhardt, PRO ASYL e.V., Frankfurt/Main
- OKRin Sabine Dreßler, Kirchenamt der EKD, Hannover
- Kerstin Düsch, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin
- Max Grösbrink, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
- Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe, Fachstelle Interkulturell Evangelisch in Bayern, Nürnberg
- Sopi Kaplan, Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V., Erfurt
- Elena Knežević, Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband, Freiburg
- Dr. Asmaa El Maaroufi, Westfälische Wilhelms-Universität, Zentrum für Islamische Theologie, Münster
- Volker Roßocha, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin
- P. Prof. Dr. Tobias Specker SJ, Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt/Main
- Dr. Lukas Schreiber, Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
- Archimandrit Georgios Siomos, Griechisch-Orthodoxe Allerheiligenkirche München
- Canan Topçu, Publizistin und Hochschuldozentin, Hanau
- Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
- Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Friederike Ekol, Frankfurt/Main

Redaktion: Steffen Blatt, Friederike Ekol

Titelbild: WIGWAM, Berlin

Gestaltung »IKW-Auge«: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: direct., Hamburg

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird insbesondere in allgemeinen Angelegenheiten durch den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD, Herrn Dr. Hans-Ulrich Anke, vertreten.

